Nr. 131 Mittwoch, 4. August 1920 27. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Russen 50 km vor Warschau und 40 km vor Lemberg.

Brest-Litowsk in russischer Hand.

Der polnische Zusammenbruch.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Warschau: Die polnische Nordfront bei Ostrowo ist von neuem zurückgenommen worden. Damit ist die Frontlinie auf 50 Kilometer der Hauptstadt Warschau nahegerückt. Seit Sonntagfrüh herrscht in Warschau eine unverkennbare Panikstimmung. Die wohlhabenden Kreise flüchten aus der Stadt nach Lodz und Petrikau.

Der Matin meldet: Mehrere bolschewistische Divisionen haben den Sereth in breiter Front überschritten. Sie rücken auf Lemberg. Die polnischen Truppen ziehen sich zurück und liefern nur noch Nachhutgefechte. Die polnische Heeresleitung beabsichtigt, Lemberg zu räumen, dagegen die Festung Przemysl aufs äußerste zu verteidigen.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vossischen Zeitung wird aus Wien gemeldet: Nach den am 3. August in Wien vorliegenden Nachrichten bestätigt es sich, daß Brest-Litowsk in russischen Händen ist. Die Russen sind gestern bis auf 100 Kilometer östlich Warschau und bis auf 40 Kilometer östlich Lemberg vorgedrungen.

Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen.

London, 3. August. (Reuter.) Ein Moskauer Funkspruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu erlangen.

Fortschreiten der russischen Offensive.

Paris, 3. August. Havas veröffentlicht folgenden Bericht der Bolschewisten vom 2. d. M.: In der Gegend von Lomsza wurden die Ufer des Bobr und des Narew überschritten. Die Offensive wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bolsk besetzt, ebenso die Station Balmaschew. Vier Geschütze wurden erbeutet. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neues Gebiet erobert. Eine feindliche Batterie wurde erstürmt.

Hilfe der Alliierten für Polen.

Lieferung von Kriegsmaterial.

Breslau, 3. August. (TU.) Auf den oberschlesischen Bahnen treffen unausgesetzt Züge mit vierachsigen englischen und amerikanischen Waggons ein, die sofort nach Polen weitergeleitet werden. Die Wagen enthalten zum Teil Munition, zum Teil Verbandszeug.

Bereitstellung französischer Truppen.

Beuthen, 4. August. (TU.) Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen große französische Truppenmengen zum Transport nach Polen bereitstehen, ferner französische Eisenbahner zur Verwendung im Auslande.

Kopenhagen, 4. August. Die Berlingske Tidende meldet, General Pilsudski habe die Oberleitung des polnischen Heeres an die Franzosen abgegeben.

Lloyd George lehnt vorläufig Verhandlungen mit den russischen Vertretern ab.

Paris, 3. August. Echo de Paris meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert habe, die Sowjetvertreter Krassin und Kamenew zu empfangen, und daß der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Bedingungen dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten der Sowjetrepublik verhandle.

*

Im englischen Unterhause antwortete Lloyd George auf eine Anfrage, daß Maßnahmen ergriffen würden, um zu verhindern, daß die englischen Soldaten weder in örtliche Unruhen noch in die russisch-polnischen Kämpfe hineingezogen würden.

Französische Truppentransporte in Erfurt aufgehalten.

TU. Erfurt, 2. August. In Erfurt ist es in den letzten Tagen mehrmals zu Zusammenstößen zwischen deutschen Eisenbahnbeamten und Militärtransporten der Entente gekommen. Sonnabend nachmittag wurde von den Eisenbahnern ein Transportzug angehalten, mit einer Kompagnie französischer Soldaten. Der französische Offizier ließ darauf den Zugführer und Heizer festnehmen und die Kompagnie unter Gewehr antreten, wobei die Waffen schußfertig gemacht wurden. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich jedoch der französische Offizier bereit, über Art und Zusammensetzung seines Transportes Auskunft zu geben. Nach stundenlangen **Beratungen wurde dem französischen Transportzug die Weiterfahrt gestattet.** Die Eisenbahnergewerkschaften wollen jetzt beim Reichsverkehrsminister vorstellig werden, um eine Regelung der Ueberwachung von Transporten herbeizuführen.

Die gefährdete deutsche Neutralität.

Drohungen der Entente.

Erfurt, 3. August. Der Durchtransport der Polonia-züge durch Deutschland hat in Gerstungen und Erfurt zu verschiedenen Zwischenfällen geführt. Am Sonntag wurde bei einer Prüfung in Erfurt und Gerstungen festgestellt, daß der Transport entgegen den Vertragsbestimmungen, einen Stabsoffizier, 2 Offiziere, 7 Unteroffiziere und 56 Mann mit sich führte. Waffen und Munition waren in dem Transport nicht enthalten. Durch die Kontrolle entstand in Gerstungen ein längerer Aufenthalt. Während in Erfurt ein Heizläufer ausgewechselt werden mußte, benutzte man die Zeit gleichfalls zur Kontrolle. Auf diese Zwischenfälle hin fordert die Entente, daß die Kontrollkommission in Gerstungen, ebenso wie der Oberbahnhofsvorsteher aus dem Dienst entlassen werden. Weiter behält sie sich die Forderung nach Auslieferung dieser Personen vor. Für jede Stunde der Verspätung, die infolge der Kontrolle entstand, fordert die Entente die Bezahlung einer Konventionalstrafe von 800000 Mark und droht, bei Wiederholung derartiger Zwischenfälle die gesamte Etappenstrecke von Bischofsheim bis Oberschlesien zur Sicherung der Transporte militärisch zu besetzen.

Von der Kontrollkommission Erfurt wurden an die Fraktionen der USPD., der KPD. und der SPD., an den Reichsverkehrsminister, an den Deutschen Reichsbahnbeamtenbund Telegramme gesandt, in welchem der Tatbestand des Untersuchungsergebnisses klargelegt wurde und von der Regierung eine unzweideutige Erklärung für die weiteren Maßnahmen gefordert wird. Nach den Ausführungen, die der Minister Simons am Montag im Reichstag gemacht hat, darf die Stellung der Regierung nicht zweifelhaft sein.

*

Basel, 3. August. (TU.) Die Alliierten haben in Berlin den Vorschlag gemacht, daß Deutschland die Waffen, die es der Alliierten-Kommission in der nächsten Woche auszuliefern habe, direkt an Polen liefern soll, wogegen gewisse Kompensationen gewährt werden sollen.

*

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung diese Aufforderung strikt ablehnen muß, wenn sie ihre Neutralitätserklärung ernst nimmt. Die deutsche Arbeiterschaft hat darüber zu wachen, daß die deutsche Regierung sich nicht zu solchem Wortbruch zwingen läßt. Und täte sie es doch, so wird das Proletariat das sonderbare Geschäft auf alle Fälle nicht zustandekommen lassen!

Ein Anschlag auf die Neutralität Oesterreichs!

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie die Vossische Zeitung aus Wien vom 3. August erfährt, findet seit 12 Uhr mittags eine Besprechung des Staatssekretärs des Auswärtigen, Dr. Renner, mit den Wiener Ententegesandten statt. Die Unterredung betrifft insbesondere die Ostfragen. Die Gesandten sind anscheinend beauftragt, besondere Forderungen an die deutsch-österreichische Regierung zu stellen. Wie verlautet, soll von der deutsch-österreichischen Regierung beabsichtigt sein, eine nach dem reichsdeutschen Beispiel gefaßte Neutralitätserklärung gegenüber Rußland und Polen zu erlassen. Diese Neutralitätserklärung wäre um so dringender, als in Wien schon seit einigen Tagen eine französische militärische Abordnung eingetroffen sei, welche die **Durchfahrt von Kriegsmaterial für Polen vorbereiten soll.** Er werden, wie es heißt, große Transporte von Waffen, Munition, Automobilen usw. über **Triest** erwartet.

Beteiligung Amerikas an der Londoner Konferenz?

London, 2. August. Nach einer Meldung der Times aus Neuyork hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur **Konferenz in London,** die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, **einen Vertreter entsenden werde.** Wie von gut unterrichteter Seite, die Wilson nahestehe, behauptet werde, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz in London **zur Revision des Friedensvertrages von Versailles führen werde.** Man glaube, daß die Entsendung eines Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten zur Londoner Konferenz auf Frankreichs Wunsch zurückzuführen sei.

Kohlenpreise.

B. A. Im Anschluß an die Besprechung über die zur Erfüllung des Spa-Abkommens notwendigen Maßnahmen zur Verteilung des Quantums Steinkohlen, das der deutschen Wirtschaft noch zur Verfügung stehen wird, fand, wie wir schon kurz gemeldet haben, eine Tagung des Reichskohlenverbandes und des Reichsausschusses des Reichskohlenrates statt, die über einen Antrag auf Erhöhung des Kohlenpreises um 25 Mark ausschließlich Steuer beschließen sollte. Die Forderung der Preisaufbesserung ging vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat aus.

Ueber die Verhandlungen wurden durch Wolffs Bureau u. a. berichtet:

Die 25 Mk. (die zunächst gefordert wurden, Red.) setzen sich aus folgenden drei Posten zusammen: 1. 14 Mk. für verstärkten Heimstättenbau, 2. 9 Mk. zur Uebernahme der seit Juni anläßlich einer Lohnsteigerung einstweilen vom Reich kreditweise hergegebenen 4½ Mk. je Schicht für Lebensmittelbons, 3. 1.80 Mark bezw. rund 2 Mk. zur Rückzahlung der zu Ziffer 2 genannten schon ausgegebenen Beträge an das Reich.

Herr Staatssekretär Dr. Hirsch teilte dazu mit, daß das Kabinett sich mit der Frage beschäftigt habe und zu folgendem Ergebnis gekommen sei: Das allgemeinwirtschaftliche Interesse läßt zur Zeit eine Kohlenpreiserhöhung nicht zu. Wird sie beschlossen, so ist gegen diesen Beschluß der gesetzliche Einspruch zu erheben. Indessen erklärt die Reichsregierung sich bereit, für den Bergarbeiterheimstättenbau sofort 300 Millionen Mark im Wege des Kredits bereit zu stellen und auf die Rückzahlung der oben zu Punkt 3 genannten Beträge zu verzichten. Die verbleibenden 9 Mk. des Antrages würden die Zechen ab 1. August selbst ohne Preiserhöhung tragen können aus drei Gründen: 1. weil die Materialpreise in den letzten Monaten stark gesunken seien und sich dadurch die Selbstkosten ermäßigen würden; 2. weil die Förderung steigen und auch dadurch die Selbstkosten sinken würden; 3. weil die meisten Zechen bisher schon gute Gewinne aus Nebenbetrieben erzielt hätten.

Nach eingehender Aussprache wurde angenommen, daß die Preiserhöhung zu Punkt 3 über 2 Mk. durch das Angebot der Regierung hinfällig sei. Ein Antrag, hiernach 23 Mk. pro Tonne Preiserhöhung zu beschließen, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, angesichts des Angebots des Heimstättenkredits nur die noch zu verbleibenden 9 Mk. Preiserhöhung zu fordern, fand Annahme.

Worauf der Staatssekretär, wie gemeldet, Einspruch erhob.

Die Bescheidenheit der Schlotbarone ist wirklich sehr anerkennenswert. Eine Forderung, jetzt den Kohlenpreis zu erhöhen, müssen wir angesichts der gesamten Verhältnisse im deutschen Wirtschaftsleben als eine so krasse einseitige Interessenwahrnehmung ansehen wie sie empörender gar nicht gedacht werden kann. Die Kohlenpreise sind letzten Endes für das Preisniveau aller Produkte entscheidend. Ihre Heraufsetzung in einer Zeit günstigerer Valutagestaltung und von den verschiedensten Seiten rückhaltlos als notwendig zugegebenen allgemeinen Preisabbaues ließe sich nur rechtfertigen, wenn die Not des Bergbaues eine so brennende wäre, daß die Aufrechterhaltung der Betriebe sonst unmöglich sein würde. Wie stehen die Dinge aber in Wirklichkeit? Ist bis heute ein auch nur einigermaßen überzeugender Gegenbeweis zu den nüchternen, aber klaren Zahlenargumenten des Dr. Kuczinsky beigebracht worden? Hält nicht im Gegenteil dieser ernste Statistiker, ein Mitglied der Sozialisierungskommission, allem Ansturm gegenüber stand und beharrt auf den von ihm veröffentlichten Ziffern? Ist nicht in letzter Zeit ganz offiziell von der Bergbaupresse zugegeben worden, daß die Zechen ganz günstig arbeiten und gut verdienen? Haben die letzten Abschlüsse der Kohlenindustrie nicht bewiesen, daß bei verminderter Erzeugung erhöhte Gewinne herausspringen?

Wir haben bereits im Mai dagegen protestiert, daß das Reich sich mit dem Zuschußverfahren zugunsten des Zechenkapitals belaste und bei der katastrophalen Finanznot, die jede Betrachtung der Steuereingänge nur Reichsausgaben offenbart, neue Lasten zu den bestehenden häuft, nur damit die gute Laune der Bergbaugewaltigen nicht getrübt werde. Jetzt sind durch den Verzicht auf Zurückzahlung, den der Staatssekretär ausgesprochen hat, diese Summen endgültig vom Reiche übernommen worden und erhöhen den Betrag des Defizits, den das Rechnungsjahr 1920 bringen wird.

Das Privatkapital spannt überall dort, wo ihm neue Lasten drohen, die Allgemeinheit entweder in Gestalt des Reichsfiskus oder in Form einer direkten Abwälzung auf den Konsumenten — vor seinen Wagen und findet immer neue Gelegenheiten, der eigenen Bereicherung nach Kräften zu dienen. In diesem Zusammenhang soll wenigstens noch auf den mehr als durchsichtigen Versuchsballon hingewiesen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

werden, den das Stinnes-Organ, die Deutsche Allgemeine Zeitung, vor einiger Zeit aufsteigen ließ. Es weist darauf hin, daß bei der Kohlenpreisfrage geprüft werden müsse, ob nicht durch die dem deutschen Kohlenbergbau auf Grund des Spa-Abkommens zugehenden Ententekredite eine Erhöhung zu vermeiden sei. Nach dieser sicherlich nicht versehentlich gebrachten Aeußerung scheinen die Kohlenmagnaten der Meinung zu sein, daß diese auf Grund der Kohlenlieferungen zu leistenden Vorschüsse der Entente ihnen gehören. In Wirklichkeit darf natürlich kein Zweifel sein, daß diese Summen der deutschen Regierung zufließen und vorbehaltlos zu der Verfügung derselben stehen müssen. Daß es die wichtigste Aufgabe der Regierung sein wird, mit Hilfe dieser Devisen für die Lebensmittelversorgung der an der Durchführung der Kohlenleistung beteiligten gesamten Arbeiterschaft zu sorgen, bedarf keiner Erwähnung, denn wie an dieser Stelle schon vor einiger Zeit zum Ausdruck gebracht wurde, hat die gesamte Industriearbeiterschaft Deutschands das ernsteste Interesse daran, daß die Leistungfähigkeit der Bergarbeiter gehoben und daß der Raubbau an ihrer Arbeitskraft gehindert werde. Das ist das Interesse proletarischer Solidarität, aber zugleich von uns erkannt als die Vorbedingung der ausreichenden Belieferung mit Betriebsstoff für die Gesamtindustrie und damit für deren Produktion.

Aus diesem Grunde wird die deutsche Arbeiterschaft aber gleichfalls alles aufbieten, um die Sozialisierung des Bergbaues, vor allem der Kohlenproduktion, endlich zu erreichen. Mit Versprechungen hat man gerade in dieser Hinsicht das Proletariat immer wieder genasführt und die Erinnerung an die Märztage 1919, in denen die Vergesellschaftung der Bergwerke in tausenden von Anschlägen und Aufrufen zugesagt wurde, ist bis heute nicht vergessen. Wenn jetzt das Reich erneut große Opfer für die Ansiedlung von Bergarbeitern bringt, die doch wieder als fond perdu geschrieben werden müssen, wenn die Belegschaften der Zechen ihre ganze Kraft daran setzen, die Förderziffern zu steigern, dann muß die Gewähr dafür gegeben werden, daß dies nicht zum Wohle einer kleinen Anzahl kapitalgewaltiger Bergwerksbesitzer, zur Ausschüttung hoher Dividenden dient, sondern wirklich zum Besten der Allgemeinheit. Es kommt hinzu, daß nur die beschleunigte Sozialisierung verhindern kann, daß noch mehr ausländisches Kapital bestimmenden Einfluß im Kohlenbergbau erlangt als es bereits der Fall ist. Die Vorgänge bei der Gewerkschaft Herrmann I—III sind eine Mahnung zum schnellen Handeln.

In der Regierung sitzen die Parteien, denen der Begriff der Sozialisierung ein Greuel ist, und denen die Aufrechterhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft zu den „heiligsten Gütern der Nation" gehört. Wenn wir die Aktion von der Regierungsseite abwarten wollen, dann werden wir in absehbarer Zeit zu keiner Neuordnung der Kohlenwirtschaft kommen. Unsre Aufgabe ist, die gesamte arbeitende Bevölkerung zu einer geschlossenen eindrucksvollen Willenskundgebung zu veranlassen und dafür zu sorgen, daß der Ruf nach der Vergesellschaftung der Bergwerke so laut erschallt, daß auch die Schwerhörigen ihn nicht länger zu überhören vermögen.

Heraus mit den Vorschlägen der alten und der neuen Sozialisierungskommission an die breiteste Oeffentlichkeit und sofortige Durchführung der Sozialisierung des Bergbaues! heißt die Parole.

Der Kampf um das Entwaffnungsgesetz.

Berlin, 3. August.

Die zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes brachte nicht nur eine ausgedehnte Aussprache, es gab auch scharfe Zusammenstöße einerseits zwischen der Linken und Rechten des Hauses und dann auch zwischen der Regierung und der Linken. Die eingehende Beratung zeigte den bösartigen Charakter der Vorlage mit aller Deutlichkeit. Genosse Rosenfeld hob noch einmal nachdrücklich hervor, daß das Spaer Abkommen die Regierung keineswegs zu einem solchen diktatorischen Ausnahmegesetz gegen das Volk verpflichte, sie brauche nur eine Bekanntmachung zu erlassen, worin zur Waffenabgabe aufgefordert werde. Der Schwindel von der Roten Armee müsse auch jetzt wieder herhalten, um die reaktionären Pläne zu stützen. Im einzelnen legte unser Redner dann dar, welche ganz außergewöhnlichen Vollmachten dem Kommissar eingeräumt werden; kein Kaiser sei je mit solcher Macht ausgestattet gewesen. Der Kommissar sei sowohl von der Verfassung wie von der Strafprozeßordnung losgelöst. So können nach der Strafprozeßordnung Haussuchungen nur dann vorgenommen werden, wenn Verdacht vorliegt; nach den Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes aber können sie auch ohne Verdacht vorgenommen werden. Dieses Gesetz stehe auch in einem unlösbaren Widerspruch mit dem eben verabschiedeten Amnestiegesetz. Aber alle die Gewaltmaßregeln, die man jetzt gegen die Arbeiterschaft anwende, würden nicht ausreichen, die Bewegung zu unterdrücken. Von diesem Gesetz gelte auch, was von früheren Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft gesagt wurde: Ihr hemmt uns wohl, doch Ihr besiegt uns nicht!

Auch die Rechtssozialisten fangen allmählich zu begreifen an, worum es bei diesem Gesetz geht. Ihr Redner Lübbring erklärte mit allem Nachdruck, wenn der Antrag zum § 1 nicht angenommen werde, wonach die Entwaffnung nur durch Reichswehr und Berufspolizei vorgenommen wird, so werde seine Partei gegen das Gesetz stimmen. Ueber die Art, wie das Bürgertum bewaffnet ist und welche Zustände sich allmählich daraus entwickelt haben, teilte der Redner mit, daß am verflossenen Sonntag eine Arbeiterdeputation aus Ostpreußen bei den Rechtssozialisten war und erklärt hat, wenn die Selbstschutzverbände und die Einwohnerwehren nicht unverzüglich entwaffnet werden, so würden die Arbeiter in den Streik treten.

Aufsehen erregte auch seine Mitteilung, wonach die Kasseler Reichswehrbrigade den Kriegervereinen mitgeteilt habe, sie müßten die Gewehre Modell 88 abliefern, bekämen aber dafür ältere. Also statt der Entwaffnung sollen die Kriegervereine, das heißt also das Bürgertum, aufs neue bewaffnet werden.

Gegenüber diesem Material und den triftigen Gründen gegen die Vorlage fiel es dem Innenminister Koch schwer, sie mit stichhaltigen Gründen zu verteidigen. Er griff deshalb zu allerlei Ausflüchten. Er ließ wieder rote Armeen aufmarschieren und zog sogar die Vorgänge in Zittau heran. Aber nicht nur diese mußten ihm dienen, er behauptete sogar, die Leipziger Stadtverordnetenversammlung habe eine bewaffnete Rote Armee beschlossen. Da werden der Leipziger Rat und die bürgerlichen Parteien nicht schlecht aufhorchen, was ihnen der Reichsinnenminister in die Schuhe schiebt. Herr Koch hat offenbar gar nicht gewußt, daß die Einwohnerwehr in Leipzig von den bürgerlichen Stadtverordneten und dem Rate mit beschlossen worden ist. Dem Minister diente auf seine Ausführungen über Zittau der Genosse Lipinski, und er mußte dann auch zugeben, daß die Zittauer Vorgänge aus den schwierigen Ernährungsverhältnissen hervorgegangen sind. Die Genossen Unterleitner und Remmele erwiderten Herrn Koch auf seine gegen unsre Partei gerichteten Angriffe.

Zu einem läppischen Auftritt kam es noch durch den Abgeordneten Schöpflin, der behauptete, im Ausschuß hätten unsre Genossen anders gesprochen, als im Plenum und so getan, als ob sie der Vorlage zustimmten, wenn die Verbesserungsanträge angenommen würden. Remmele antwortete, Schöpflin könne es deshalb nicht wissen, weil er im Ausschuß meist geschlafen habe.

Bei der Abstimmung wurden die Verbesserungsanträge unsrer Fraktion und die der Rechtssozialisten in der Hauptsache abgelehnt. Während die Rechtssozialisten im Ausschuß auch gegen die Anträge unsrer Fraktion stimmten, haben sie im Plenum nun dafür gestimmt und damit gezeigt, daß unser Vorgehen richtig ist. Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und die der Deutschnationalen wurde der sehr wichtige § 9 der Vorlage überhaupt abgelehnt. Damit ist das Gesetz ein Torso. Nun wird ja freilich bis zur dritten Lesung versucht werden, die entstandene Lücke auszufüllen. Welche Kompromisse dazu nötig sind, wird sich zeigen.

Der Notetat wurde dann in dritter Lesung erledigt. Darauf gab es noch eine lange Debatte über die Einwanderung der Ostjuden.

Hält unsre Fraktion ihren Widerspruch gegen die dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes aufrecht, dann wird sie erst am Donnerstag stattfinden können, sonst morgen.

Die Protestdemonstration der Berliner Arbeiter.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Berlin findet heute nachmittag die von unsrer Partei, sowie den Gewerkschaften und Räten um 5 Uhr veranstaltete große Massenversammlung im Lustgarten gegen das neue Zuchthausgesetz statt. Die Freiheit, die nochmals die Massen auffordert, ihrer Empörung über die neuesten Anschläge der Reaktion Ausdruck zu geben, ersucht, strengstens darauf zu achten, daß jede versuchte Provokation im Keime erstickt wird. Dem Wühlen unverantwortlicher Elemente darf keine Folge geleistet werden. Die Anordnungen der von den Organisationen bestimmten Ordner, die rote Armbinden tragen, müssen unbedingt befolgt werden. Beim Anmarsch geschlossener Züge aus den Betrieben muß die Bannmeile um den Reichstag berücksichtigt werden. Nach Schluß der Demonstration muß für geordneten Abmarsch gesorgt werden. — Nach der tendenziösen bürgerlichen Berichterstattung über die Vorgänge in Zittau erscheint es notwendig, schon heute auf die sorgfältige Vorbereitung der Demonstration und die Warnungen unsres Berliner Parteiblattes aufmerksam zu machen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie in Moskau.

Zulassung der Delegation zum Kongreß der 3. Internationale mit beratender Stimme.

Dem Unabhängig-sozialdemokratischen Zeitungsdienst hat Genosse Crispien folgende, vom 23. Juli datierte Nachricht aus Moskau zugehen lassen:

„Die deutsche Delegation der USPD. ist am 18. Juli 1920 in Petersburg eingetroffen. Am 19. Juli wurde die feierliche Eröffnung des 2. Kongresses der 3. Internationale in Petersburg im Taurischen Palais vollzogen. Der Zug der Delegierten mit Musik und Fahnen war begleitet von Arbeiter- und Kinderdemonstrationen. Lenin sprach über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der 3. Internationale. Er sprach russisch, mit Rücksicht auf die vielen russischen Arbeiter und Frauen, die der Eröffnungssitzung beiwohnten. Die Uebersetzung der Rede ist in Aussicht gestellt, aber noch nicht vorgelegt.

Am 20. Juli fuhr der gesamte Kongreß mit Extrazügen nach Moskau. Am 23. Juli wurde die zweite Sitzung des Kongresses im alten Zarenschloß im Kreml abgehalten. Sinowjew referierte in deutscher Sprache über die Notwendigkeit und die Aufgaben der politischen (kommunistischen) Partei. Die politische Partei sei notwendig vor der Eroberung der politischen Macht und notwendig, ja von noch größerer Bedeutung, während der Diktatur des Proletariats. Die moderne Dreigliederung der Arbeiterbewegung sei Partei, Gewerkschaften, Räte. Aber Gewerkschaften und Räte beherrscht und geführt von der Partei. Die Rede war eine Absage an den Syndikalismus und an die KAPD. —

Am 21. Juli nahm die Delegation der USPD. an einer Sitzung des Exekutivkomitees der 3. Internationale teil. Crispien gab eine gedrängte Darstellung von der Entwicklung und dem Wesen der USP. und dem Auftrag ihrer Delegation. Sie sei gekommen als Einleitung zu den Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses der USPD. mit der 3. Internationale. Von Mitgliedern des Exekutivkomitees wurden verschiedene Fragen an die Delegation der USPD. gerichtet, die in einer weiteren Sitzung beantwortet werden sollen. Das Exekutivkomitee beschloß, die Delegation der USPD., wie die Genossen der französischen sozialistischen Partei, einzuladen, am Kongreß mit beratender Stimme teilzunehmen. Sobald die Arbeiten des Kongresses es gestatten, werden die Verhandlungen des Exekutivkomitees mit der Delegation der USPD. fortgesetzt."

Die Internationale der Rechtssozialisten.

Genf, 2. August. In der um 2 Uhr 30 beginnenden Nachmittagssitzung wurde die Diskussion über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Die russische Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnt dem Kongreß nur in der Eigenschaft als Gast bei. Rubanowitsch erklärte in ihrem Namen, daß seine Partei einzig nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Sozialrevolutionäre Rußlands könnten in Rußland legal nicht arbeiten infolge der Verfolgungen durch die Bolschewisten und darum könnte ihre Partei eine endgültige Stellungnahme zur Zweiten Internationale nicht bestimmen. Die Russen sind der Auffassung, daß sie bei den deutschen und den englischen Unabhängigen wieder Fühlung erhalten müßten. Die Partei spricht sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslands in Rußland aus.

Nach Erledigung der Mandatsfrage gab der Präsident folgende Stimmenzuteilung an die im Kongreß vertretenen Parteien bekannt: England 30, Australien 17, Neu-Seeland 5, Frankreich 3, Aiserbeidschan 4, Holland 10, Litauen 4, Georgien 4, Schweden 15, Dänemark 10, Schweiz (Rütlianer) 3, Rußland 5 (die Russen verzichten aber ausdrücklich auf ihr Stimmrecht), Belgien 15, Italien (Sozialistische Union) 4, Deutschland 20, Polen 10, Ungarn 10.

Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen, um der Kommission für die Schuldfrage Gelegenheit zu geben, zu einer „vollen Einigung" zu gelangen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Kommissionsberichterstatter La Fontaine mit, daß in der Kommission Einstimmigkeit erzielt worden sei über den Text **einer von den Deutschen ausgearbeiteten Resolution über die Schuldfrage.** Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfahl er, sich jeder Diskussion zu enthalten, und unter Beifall wurde hierauf die vorgeschlagene Resolution einstimmig vom Kongreß angenommen. Der Wortlaut dieser Resolution weicht insofern von dem bereits veröffentlichten Text der Kommission ab, als die **Haltung der deutschen Sozialdemokraten vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird.** Außerdem wird im neuen Text festgestellt, daß es **nicht bloß für die deutsche Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine elsaß-lothringische Frage** mehr gibt.

Zur Behandlung kam hierauf die von der Kommission ausgearbeitete Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerbund. Der Berichterstatter La Fontaine stellte fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus noch nicht abgeschafft ist und Anlaß zu neuen Konflikten gibt. Der Vertrag von Versailles habe in seinem ersten Teile nicht nur in sozialistischen, sondern auch in den Kreisen der Juristen und bürgerlichen Pazifisten wenig Befriedigung erzeugt. Die Sozialdemokratie stehe nunmehr vor den zwei Möglichkeiten, entweder darauf hinzuwirken, daß ein neuer Völkerbund geschaffen werde, oder aber sie müsse versuchen, den bestehenden Völkerbund mit ihrem Geiste zu durchdringen und ihn zu einem wirklichen demokratischen Instrument des allgemeinen Friedens zu machen. Zu diesem Zwecke müßten die Befugnisse des Völkerbundes in wirtschaftlicher Beziehung vergrößert werden. La Fontaine betonte ausdrücklich, daß es **nicht angehe, alle Lasten auf ein Volk abzuwälzen,** das sowieso am schwersten unter den Folgen des Krieges zu leiden habe. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die nächste, zum 15. November einberufene Völkerbundsversammlung bereits **Einfluß in ihrem Sinne** zu gewinnen.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen und auf Dienstagvormittag vertagt.

* * *

In der Resolution über den Völkerbund heißt es:

Der Internationale Sozialistenkongreß stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit gelassen haben, in einem viel beunruhigenderen Zustand, als der vor dem Kriege von 1914 war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen um zum Wachstum des Militarismus mit den Gefahren eines Krieges, die damit zusammenhängen. Der Friedensvertrag hat eine Organisation des Völkerbundes geschaffen, die die arbeitenden Klassen im Interesse des Friedens nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behandeln können. Aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügen und die Fehler dieses Völkerbundes klarzustellen, dessen verdammungswürdigster die durch Artikel 12 des Vertrages erfolgte Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist.

Der Völkerbund kann nur eine tatsächliche Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem **internationalen demokratischen Organismus wird, zusammenfassend alle Völker, ohne jede Ausnahme.** Und wenn er die Mittel der Kontrolle und der Sicherung hat, die ihm ermöglichen werden, durch die Schaffung einer **internationalen Polizei die allgemeine Entwaffung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzusetzen.**

Es ist außerdem zu wünschen die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegslasten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teil zu Lasten der Nationen bleiben können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Völkerbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige **Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden.**

Festhaltend an den **Grundsätzen der Wiedergutmachung** wird er eine gerechte Anwendung ermöglichen in der Art, daß den **Völkern Mitteleuropas die Mittel** gegeben werden, sich im gemeinsamen Interesse der Welt **wieder zu erholen.** Er wird die **Landesgrenzen,** die durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt worden sind, durch **Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen.**

Der Internationale Sozialistenkongreß fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbundes Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen für die Sicherheit und Uebereinstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Weltproletariat, befreit vom Alpdruck des Krieges und von der Geißel der Rüstungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Siege fortsetzen können.

* * *

Zur Debatte über die Mandate ist nachzutragen, daß die Kommission empfahl, Alex Imsky nicht zuzulassen, da er keine genügende Gruppe der russischen Sozialisten vertrete. Alex Imsky behauptete, daß er als Sozialist von einer halben Million russischer Arbeiter in die zweite Duma gewählt worden sei. Er bestritt nicht, Koltschak und Denikin unterstützt zu haben, und sogar Wrangel zu unterstützen, um der Gewaltpolitik der Bolschewisten ebenfalls Gewalt entgegenzusetzen. Der Kongreß beschloß alsdann, Alex Imsky nicht anzuerkennen.

Genf, 4. August. In der Nachmittagssitzung des Dienstags wurde auf Vorschlag Huysmans die Verlegung des Vororts von Brüssel nach London beschlossen.

* * *

Genf, 2. August. Die deutsche Delegation des Internationalen Sozialistenkongresses ist nunmehr vollständig eingetroffen. Die Mehrheit der deutschen Delegation, darunter Scheidemann und Wels, ist mit dem Wortlaut der Resolution über die Schuldfrage, die als zu einseitig und zu scharf gegen Deutschland bezeichnet wurde, nicht einverstanden. Infolgedessen ist diese Angelegenheit neuerdings an die Kommission verwiesen worden, die nunmehr versuchen wird, eine Formel zu finden, die zwar das kaiserliche Deutschland scharf verurteilt, aber den Standpunkt vertritt, daß die übrigen imperialistischen Regierungen ebenfalls Fehler begangen haben und die Schuld am Weltkriege letzten Endes in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu suchen ist.

Der Internationale Bergarbeiterkongreß.

Genf, 3. August. In der heutigen Sitzung, in der Sachse (Deutschland) den Vorsitz führte, wurde der **Antrag der Engländer über Nationalisierung der Bergwerke** erörtert. Nach eingehender Aussprache wurde in der Nachmittagssitzung die von der englischen Delegation vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen: Der Kongreß beschließt, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder **Sozialisierung** der Bergwerke eintreten, ebenso für die Beseitigung der kapitalistischen Besitzerrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbauindustrie durch Vertreter der Staaten, der beteiligten Bergarbeiter und der Konsumenten. Der Sekretär jeder angeschlossenen Organisation wird dem internationalen Bureau in jedem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht werden, Bericht erstatten.

Der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes verwies auf die außerordentliche Teuerung, unter der die deutschen Bergleute zu leiden haben.

Bei der Mandatsprüfung teilte der Präsident mit, England habe 65, Deutschland 37, Frankreich 23, Belgien 10, die Tschecho-Slowakei 6, die Vereinigten Staaten, Oesterreich, Holland, Ungarn, Jugoslawien, Polen und Luxemburg je einen stimmberechtigten Delegierten erhalten.

Am Schluß der Sitzung wurde ein **Brief der Bergleute des Saargebiets** verlesen, in dem diese die französischen Kameraden um ihre Vermittlung bei der französischen Regierung bitten, damit nach deutschem Muster Ferien eingeführt werden, was die französische Regierung abgelehnt habe.

Bartuel hatte eine Entschließung zu den in den Statuten enthaltenen Erklärungen der deutschen Bergarbeiter eingebracht, weil diese in einem 1914 veröffentlichten Artikel die Annexionsbestrebungen der deutschen Regierung gebilligt hätten. Nach der Erklärung Hués, daß es sich um eine Mystifikation handle, da der deutsche Bergarbeiterverband niemals an annexionistischen Bestrebungen teilgenommen habe, wurde diese Entschließung zurückgezogen.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln.

Berlin, 4. August. (TU.) Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages nahm den Zentrumsantrag einstimmig an, wonach bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, die **Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben**, wurde mit 16 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen **angenommen**. Abgelehnt wurde ein Antrag der Unabhängigen und Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15 resp. 20 Mark pro Zentner herabsetzen wollen.

* * *

Ueber die Verhandlungen des Ausschusses wird uns noch aus Berlin berichtet:

In der Landwirtschaft und bei den städtischen Verwaltungen besteht die Auffassung, daß die Kartoffelernte in Deutschland eine gute sei. Irgendwelche statistischen Unterlagen bestehen nicht. Die Regierung lehnte es ab, Angaben zu machen, weil die Anbaufläche nicht mehr nach dem Kataster erfolgt und deshalb vergleichbare Zahlen nicht vorliegen. Bedrängt mußte Minister Hermes aber zugeben, daß die Hoffnung auf eine gute Kartoffelernte nur eine bedingte sei, denn gegenüber dem Jahre 1919 sei die Anbaufläche um **100 000 Hektar vermindert**. Zu beachten ist, daß gegen 1914 bereits 1919 die **Anbaufläche für Brotfrucht und Kartoffeln um 400 000 Hektar vermindert worden** ist, die mit Futterpflanzen bestellt worden sind. Die sozialistischen Abgeordneten treten für **Beibehaltung der Zwangswirtschaft in Kartoffeln** ein, weil die Gefahr besteht, daß bei Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung die Arbeiterschaft nur zu Wucherpreisen Kartoffeln erhalten werden. Der Ausschuß beschloß „im Prinzip" **die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln**. Das Reich soll aber eine **Kartoffelreserve von 20 Millionen Zentner bereitstellen**. Der Kartoffelpreis mit Lieferungsprämie ist **pro Zentner** beim Erzeuger auf **30 Mk.** festgesetzt worden. Die Unabhängigen hielten den Preis von **15 Mk.**, die Rechtssozialisten von **20 Mk.** pro Zentner für angemessen. Der bürgerliche Block lehnte dahingehende Anträge ab.

Für die Aufhebung wurde geltend gemacht, daß die Städte, die sich 120 Millionen Zentner Kartoffeln sichern sollten, nur 35 Millionen Zentner abgeschlossen haben.

Eine Kontingentierung der gewerblichen Betriebe für Trocknung, Stärke- und Spiritusfabrikation soll erfolgen. Ernährungsminister Hermes mußte zugeben, daß für die Kartoffelversorgung Verkehrsschwierigkeiten bestehen und die Kartoffelpreise anziehen werden. Trotzdem erfolgt Aufhebung der Kartoffelzwangsbewirtschaftung. Arbeiter, greift in den Beutel!

Die Unruhen in Zittau.

Zittau, 4. August. (TU.) Bis gestern abend 7 Uhr war die Reichswehr in Zittau noch nicht eingerückt, dagegen ist das Elektrizitätswerk Hirschfelde, das den ganzen Bezirk der sächsischen Oberlausitz mit Strom versorgt, nachmittags durch die Reichswehr besetzt worden, ohne daß es zu ernsten Zusammenstößen gekommen ist. Der Kommandeur des Sicherheitstruppen in Zittau, Major Hering, erklärte, daß das Einrücken der Sicherheitswehr in Zittau gar nicht mehr nötig sei, weil durch die Verhängung des Belagerungszustandes die Rädelsführer in Zittau zur Besinnung gekommen seien. Das Verhältnis zwischen der Zittauer Arbeiterschaft und den Sicherheitstruppen ist natürlich gespannt. Major Hering hat, um es nicht unnötigerweise zum Blutvergießen kommen zu lassen, seine Truppen in der Ludwigskaserne zusammengezogen. Die Kaserne ist mit Drahtverhau abgesperrt. In den Abendstunden setzte in der Stadt das übliche Leben wieder ein. Zwar finden noch hier und da Ansammlungen statt, doch ist der Charakter dieser Zusammenläufe nicht zu vergleichen mit denen von vorgestern und gestern. Es hat den Anschein, als ob der Zittauer Putsch wie das Hornberger Schießen verläuft.

Einmarsch der Reichswehr?

Zittau, 4. August. (TU.) Wie von gutunterrichteter Seite verlautet, wird die **Reichswehr doch am Mittwoch in Zittau einrücken**. Der Putsch ist nicht aus der Zittauer Arbeiterschaft entstanden, sondern, wie versichert wird, durch die Belegschaft in Hirschfelde. Darum hat der militärische Oberbefehlshaber auch zuerst Hirschfelde besetzt. Oberbürgermeister Külz war abends noch nicht nach Zittau zurückgekehrt.

Abbruch des Eisenbahnerstreiks.

Zittau, 4. August. (TU.) Die Eisenbahner von Zittau und Umgegend, die den Sympathiestreik beschlossen hatten und ihn bis gestern früh auch durchführten, haben im Anschluß an die gestrige Vormittagsversammlung den Streik bereits wieder abgebrochen, so daß der Streik nur wenige Stunden gewährt hat. — Der Fünfzehner-Ausschuß legt Wert darauf festzustellen, daß er niemals die Räterepublik in Zittau ausgerufen und die sächsische Regierung für abgesetzt erklärt habe. Dies sei eine Tatarennachricht von unverantwortlicher Seite.

* * *

Mit schmatzendem Behagen stürzen sich die bürgerlichen Zeitungen auf die Vorgänge in Zittau. Sie verbreiten die Lüge, in Zittau sei die Errichtung der Räterepublik und die Abdankung der sächsischen Regierung gefordert worden. Beides ist, wie uns aus Zittau gemeldet wird, eine faustdicke Lüge. Niemals ist die Aufstellung dieser Forderung beschlossen worden. Es trifft auch nicht zu, daß **die Versammlungsteilnehmer am Freitag und später irgendwie bewaffnet gewesen sind**. Dies wird auch nicht wahrer dadurch, daß es der Reichsminister Koch im Reichstag behauptete. Niemals ist in Zittau von den Arbeitern die öffentliche Ordnung gestört worden, abgesehen von der zwangsweisen Herabsetzung der Preise im Geschäft von Schiwny. Hätte sich im Anschluß daran die Sipo verständiger verhalten, wäre höchstwahrscheinlich überhaupt nichts passiert. Ihr provozierendes Vorgehen mit Feuerwaffen hat aber auch ruhigere Leute in Wallung gebracht und die Forderung auf Abzug der Sipo gezeitigt. Es war wohl manchen Leuten nicht ganz unangenehm, ihre Notwendigkeit zu beweisen. Jedenfalls ist es mehr wie auffällig, daß der Führer der Sipo, die eingesetzt wurde, keinen schriftlichen Befehl vorweisen, sondern sich nur auf einen telephonischen Anruf beziehen konnte. Sollten hier vielleicht dunkle Elemente ihre Hand im Spiele gehabt haben? Da wäre es doch Pflicht des Führers gewesen, erst einmal die Dinge zu prüfen und weniger gefährliche Mittel in Anwendung zu bringen.

Fest steht einwandfrei, daß **von Anfang an dunkle Elemente am Werk waren, die die Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufzuhetzen suchten**. Nach den Erfahrungen in andern Städten dürfte es nicht zweifelhaft sein, aus welchem Lager diese Ehrenmänner stammen und wessen Geschäfte sie besorgen wollten. Daß es nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen ist, ist der guten Disziplin der Zittauer Arbeiterschaft zu danken.

Die sächsische Regierung hat sich wieder einmal das Zeugnis ausgestellt, daß sie unfähig ist, bestehende Schwierigkeiten anders als mit brutalen Gewaltmitteln zu beseitigen. Sie hat dadurch nur die Arbeiterschaft fester zusammengeschweißt und erreicht, daß sich sogar die rechtssozialistisch organisierten Arbeiter Löbaus, über das bekanntlich ebenfalls der Belagerungszustand verhängt wurde, gegen sie wendeten. Das Gewerkschaftskartell Löbau verlangt **sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes** und will ablehnendenfalls schärfere Saiten aufziehen. Die Wendung in dem Flugblatt der Regierung, daß landfremde Elemente die Bevölkerung aufzuhetzen bestrebt seien, ist schon 70 Jahre alt. Die hätte sich die Regierung sparen können. Wenn sie nicht mehr Geschick besitzt, solche prekäre Situationen aus der Welt zu schaffen, mag sie sich einpökeln lassen. Mit dem Belagerungszustand kann bekanntlich, um mit Bismarck zu reden, jeder Esel regieren.

Ueber die Lage in Zittau wird uns gemeldet, daß am Dienstag eine große öffentliche Versammlung beschlossen hat, am Mittwoch in den Betrieben unter Leitung der Betriebsräte und Gewerkschaften eine Urabstimmung über die Weiterführung des Generalstreiks zu veranstalten. Dieser Beschluß wurde auch von den Vertretern der KAPD. und KPD. ausdrücklich gutgeheißen. Das hinderte jedoch die **KAPD.** nicht, hinter dem Rücken des Fünfzehnerausschusses ein Flugblatt zu verbreiten, das voll von Lügen und Verdrehungen strotzte, gegen die Abstimmung sich richtete und deutlich erkennbar machte, daß diese Leute unter allen Umständen eine Schwächung der Arbeiterschaft herbeiwünschen. Wenn nicht mehr, so wurde durch dieses Vorgehen die ideologische Verbindungslinie zwischen KAPD. und der arbeiterblutdürstigen Reaktion deutlich sichtbar. Wahrscheinlich haben es Spitzel und Provokateure verstanden, sich in der KAPD. Einfluß zu verschaffen, was größte Vorsicht gegenüber dieser Partei erforderlich macht. Die KAPD.-Leute haben sich auch in Zittau als Zerstörer der Arbeitermacht offenbart. Man wird ihnen noch mehr wie bisher auf die Fäuste sehen müssen.

Der Ausgang der Abstimmung wird kaum zweifelhaft sein. Der Generalstreik neigt seinem Ende zu.

Arbeiterunruhen wegen des Steuerabzugs.

Frankfurt a. M., 3. August. Gestern ist es in den Adlerwerken Kleyer zu großen Demonstrationen gekommen. Es handelt sich um die Uebernahme des Steuerabzuges durch die Firma und um die Arbeitszeit. Die Arbeiter drangen in das Direktionsgebäude ein und nötigten den Generaldirektor Säuberling zu Zugeständnissen. Mehrere Arbeiter schlugen den Direktor zu Boden, der dabei einen leichten Schädelbruch und Quetschungen davontrug. Zwei Direktoren, die Söhne Kleyers, die den Generaldirektor zu decken suchten, wurden gleichfalls verletzt. Die Einrichtung wurde zum Teil zerstört und zahlreiche Fenster eingeschlagen. Ein Teil der Arbeiter versuchte erfolglos die Angegriffenen zu schützen.

Schweinfurt, 2. August. Als am Sonnabend die Direktion der Schweinfurter Präzisionskugellagerwerke Fichtel u. Sachs aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Firma die ältesten Beamten ehren wollte, erschien auf dem Fabrikhof die gesamte Belegschaft, etwa 3000 Mann, und entsandte eine fünfköpfige Abordnung zur Direktion, die die sofortige Rückzahlung der bereits eingehaltenen Steuerbeträge und Unterlassung fernerer Abzüge für diesen Zweck forderte. Der Vorschlag, am Montag durch den Betriebsrat die Forderungen vorzulegen, wurde von der Menge schroff abgelehnt. Die Abordnung erklärte, daß bei nochmaligem Steuerabzug für die persönliche Sicherheit des Direktors Sachs keine Gewähr bestehe. Die Direktion gab nach und machte die Arbeiterschaft dem Staat gegenüber verantwortlich.

* * *

Die Vorgänge zeigen die von unsrer Partei vorausgesagte Erregung der Arbeiterschaft über den ungerechten Steuerabzug. Bedauerlich sind die Gewalttätigkeiten, zu denen sich Teile der Arbeiterschaft hinreißen ließen — über diese Stufe blinder Wutaktion sollte das deutsche Proletariat längst hinaus sein. Es ist dringend nötig, allen Aufreizungen zur Gewalt kühle Besonnenheit entgegenzusetzen. Die Lockspitzel gehen um!

Englischer Kredit für Deutschland.

Das englische Unterhaus hat einstimmig die Regierungsvorlage auf Gewährung eines Vorschusses von 5 Millionen Pfund an Deutschland als Anteil Englands an der Anleihe der Alliierten, die in Spa beschlossen wurde, bewilligt. Worthington Evans gab eine Darstellung der Abmachungen und sprach sich nachdrücklich gegen die Unterstellung aus, daß England dabei einen Profit mache. Lloyd George sagte, das Abkommen von Spa bedeute keine Aenderung der Politik, sondern sei die Politik des Versailler Vertrages. Der Vorschuß, der Deutschland von den Wiedergutmachungseinnahmen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen. Die Einnahmen aus den Verkäufen der England zugeteilten Schiffe würden England gutgeschrieben werden, während Frankreich seinen Anteil durch Kohlenlieferungen und durch die ihm überwiesenen Schiffe erhalte. Lloyd George hob weiter hervor, daß von keiner Seite des Hauses Kritik an der Kreditgewährung geübt werde. Darin zeige sich, daß Englands Haltung den früheren Feinden gegenüber gerecht und billig sei.

Eine seltsame Ausweisung aus Rußland.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Rom wird gemeldet: „Ein Funkspruch aus Moskau vom 3. August besagt, daß der französische Abgeordnete Ernest Lafont mit Gemahlin auf Befehl Trotzkis aufgefordert wurde, **Rußland zu verlassen**. Trotzki wirft Lafont vor, mit einer französischen Militärkommission in Warschau in Verbindung gestanden und der russischen Regierung **unrichtige Angaben gemacht** zu haben.

Die Meldung gewinnt nicht an Klarheit durch die folgende Nachricht des holländischen Nieusbureaus:

Der russische drahtlose Dienst verbreitet einen längeren Bericht, aus dem hervorgeht, daß der Franzose Ernest Lafont über Warschau nach Moskau kam. Er gehört angeblich der unifizierten Sozialistenpartei an und tritt als deren Abgeordneter auf. Bekanntlich ist die Partei grundsätzliche Gegnerin der Sowjetrepublik. (??) Lafont gab eine ausführliche Schilderung über seine Erlebnisse in Warschau und erklärte, daß die französische Militärmission dort der Ausgangspunkt einer **imperialistischen und gegenrevolutionären Aktion** sei, die sich gegen Sowjetrußland richte. In Warschauer Kreisen sei man davon überzeugt, daß der **Waffenstillstand Polen** die Gelegenheit geben werde, seine **Kräfte so zu konzentrieren, daß eine Gegenoffensive gegen Rußland siegreich sein würde.**

Daß ein französischer Sozialist sich zum Werkzeug des französischen und polnischen Militarismus gegen Sowjetrußland hergeben könnte, halten wir vorerst für ausgeschlossen. Indes scheint es, daß die russische Regierung ihn dessen bezichtigen will.

Gegenrevolutionäre Rüstungen wider Oesterreich in Ungarn.

Berlin, 4. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Vossischen Zeitung mehren sich in Wien die Nachrichten, daß in Ungarn starke Truppenansammlungen stattfinden, die für Operationen gegen Deutschösterreich bestimmt sind. Die Nachrichten finden um so mehr Glauben, als aus Ungarn kommende Reisende sich jetzt zahlreich melden, um warnend ihre Stimme zu erheben. Sie behaupten, daß ein monarchistischer Putsch gegen Wien in Vorbereitung sei. Die Staatsämter können nicht länger verheimlichen, daß auch sie Nachrichten erhalten, die bedrohlich erscheinen. Trotzdem will man sich nicht pessimistisch zeigen und glaubt, daß zum mindesten für die nächsten Wochen nichts zu befürchten sei. Aber ebenso wie die englische und amerikanische Mission hat auch der Korrespondent der Vossischen Zeitung zuverlässige, einigermaßen bedenkliche Informationen erhalten, die auch auf der Gesandtenkonferenz im Staatsamt für Aeußeres zur Sprache gekommen sein dürften.

Ein Hilferuf aus Deutschösterreich.

Wie die Wiener Arbeiterzeitung meldet, richteten der Sekretär und der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission eine **Kundgebung an den internationalen Gewerkschaftsbund**, in der betont wird, daß die **ungarische Reaktion das wehrlose österreichische Land bedrohe**. Immer stärkere ungarische Truppenkontingente würden an der Grenze Oesterreichs zusammengezogen. Die österreichische Arbeiterschaft appelliere dringendst an die Gewerkschaften Englands, Frankreichs und Italiens, dem österreichischen Volke in seiner äußerst stürmischen Lage beizustehen.

Schwere Ausschreitungen rheinischer Bauern.

Köln, 3. August. Als Beauftragte des Wucheramtes Zweibrücken nach dem Orte Krähenberg entsandt wurden, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Dorfbewohner empfingen die Kontrolleure mit Sensen und Mistgabeln, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung.

Köln, 3. August. Wie die Köln. Ztg. aus parlamentarischen Kreisen hört, ist für den Posten des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung der Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium Dr. Petersen in Aussicht genommen.

Ueberfall eines Wachtpostens.

Wolffs Bureau meldet aus Stettin: In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachtposten des Kriegsgefangenenlagers Altdamm an, bemächtigte sich ihrer Gewehre und drang in das Lager ein, aus dessen Waffenkammer noch weitere 20 Gewehre mitgenommen wurden. Die Hauptwache des Lagers eröffnete das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre der Wachtposten wurden mitgenommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Fahrrad und Auto

sind hilflos, wenn die Bereifung versagt. Das Beste ist hier das Billigste. Es erspart Geld und Verdruß. Darum fahr

Continental
Pneumatik

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Neues Theater.

Augustusplatz. (Fernruf 1415.)

Mittwoch, den 4. August 1920

18. Anrechts-Vorstellung (6. Folge, weiß)

Peer Gynt.

Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten (16 Bildern) von Henrik Ibsen. Musik von Edvard Grieg.

Bühnenleitung: Karl Huth. Musikalische Leitung: Dr. Max Hochkofler. Leipziger Philharmonisches Orchester (Chermet).

Personen: Aase, eine Bauerwitwe (Marie Tollhorf); Peer Gynt, ihr Sohn (Fritz Dietz); Solveig (Martha Arens); Klein Helga, ihre Schwester (Hilde Hickel); Deren Eltern (Karl Huth, Luise Glaun); Der Haegstadbauer (Wilh. Walter); Ingrid, seine Tochter (Luise Feldmann); Deren Bräutigam (Adolf Winds); Seine Eltern (Gustav Colmar, Marie Schippang); Aslak, der Schmied (Wilhelm Engelt); Der Küchenmeister (Bernhard Wiehlhorn); Karl, eine Händlerfrau (Marie Schippang); Drei Sägerdirnen (Irmgard Richter, Hanja Schmiedecke, Marianne Berger); Die Grängekleidete (Agnes del Zarko); Der Lopro-Alte, ihr Vater (Karl Ekert); Der alteste Hofkroll (Hans Behler); Zwei junge Trolle (Friedrich Liebmann, Johannes Hasmüh); Ein häßlicher Junge (Herta von Walter); Walter Cotton (Gustav Colmar); Herr von Eversepk (Wilh. Engelt); Monsieur Ballon (Alfred Schlageter); Trumpeterstraele (Herbert Fuchner); Ein Dieb (Hans Behler); Ein Hehler (Arno Allash); Anitra, eines Beduinenhäuptlings Tochter (M. Otto-Morgenstern).

Opernpreise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).

Einlaß 6 Uhr. Anfang 6½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Donnerstag, den 5. August: 184. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun): **Die schöne Helene.** Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 6. August: 185. Anrechts-Vorstellung (5. Folge, blau): **Die schöne Helena.** Anfang 7½ Uhr.

Bayrische Straße 110. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11111.

Leitung: Robert Overweg.

Donnerstag, den 5. August, abends 7½ Uhr: Serie 20.

Das Dorf ohne Glocke.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele. Fernr. 12300.

Mittwoch, den 4. August, abends 7½ Uhr.

An der Quelle saß der Knabe . . . .

Spielplan: Donnerstag u. folgende Tage, abds. 7½ Uhr: An der Quelle saß der Knabe . . . .

Die Gutscheine gelten nur bis inkl. 6. August.

Leipziger Puppenspiele :: Direktion :: Kollmann-Bück

Wünsch's Marionettentheater. Meßplatz, Hauptrestaurant

Ehrenwoche für Familie A. Wünsch.

4 Uhr: Täglich 8 Uhr:

Die drei Hausemännchen. ◇ Das Müllerröschen.

Nachm. und abends Theatrum mundi: **Die Schlacht bei Jena.**

(Mechanisches Kunstwerk.) Vorverkauf: Althoff.

Battenberg

Varieté. Täglich abends ½8 Uhr: Das grosse **Mess-Varieté-Programm**

Theater. Abends ½8 Uhr: **Das Rätsel „Weib"** Drama von C. M. Jakoby. Morgen: Das Rätsel „Weib"

Vorverk.: Tagesk. Ztg.-G. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr Gastspiel

Ballett Georges Blanvalet

in dem Ballettfragment aus der Oper „Tannhäuser" von Rich. Wagner.

„Der Venusberg"

35 Mitwirkende 35

sowie

der grosse Varieté-Spielplan.

Max Hansen der beste dänische Operettenkomiker	**Martha u. Jean Salda** die unerreichten Xylophonvirtuosen
2 Lugesco's Foxtrott-Jongleure	**Paul Hickethier** Instrumental-Komiker
2 Markonis Kraft-Akt	**Billy u. Angela Dalready** Excentrik-Akt

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543). Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

Ballschau

Felsenkeller

Jeden Donnerstag und Sonntag

Die berühmten Ballfeste

mit

Leipzigs bestem Tanzorchester.

Volkshaus

Kaffee Kuchen — Küche Keller

Morgen Donnerstag, ab ½7 Uhr:

Das beliebte

Volkshaus-Ball-Fest!

Gansfouci

Morgen ab ½7 Uhr, Sonntag ab ½5 Uhr **Ball**

Achtung! Spartakus-Aufstand!

Karten u. Bilder

mit Herrn von Fielitz

zu haben bei

R. Windsch, Photograph. Atelier

Plagwitzer Straße 9, Gartengebäude II.

Trauringe massiv Gold

Gustav Kaniss

Tauchaer Str. 6. [*

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleid., vorz. nerv. Schwäche behand. Dr. med. Deri, nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig. Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. [*

Sehr billige

Lebensmittel

Weiße Rangoon-Bohnen	Pfund	1.25
Gelbe Splitt-Erbsen	Pfund	1.60
Haferflocken	Pfund	1.90
Patna-Reis	Pfund	6.00
Sultaninen	Pfund	12.50
Kond. gezuckerte Milch	Dose	9.00
Kaffee-Ersatz	Pfund	1.80
Frucht-Marmelade	Pfund	3.60
Kakao garantiert rein	Pfund	15.50

Der Verkauf in

Baumwoll- und Wäschestoffen

dauert fort!

Wir bringen Qualitätsware zu sehr billigen Preisen!

Warenhaus Gebr. Ury

Sarrasani-Vorverkauf 1. Stock.

Biete an:

Harzer Käse

in großen Mengen zu äußersten Tagespreisen Kiste, 60 Stück Inhalt **22 Mark.**

Neu eingetroffen:

1 Waggon Stangenkäse

— sogen. **deutscher** — Derf, gelangt ab heute u. folg. Tage tütenweise z. d. äuß. Tagespr. z. Verkf. Tägl. neue Anfuhrn. Bei größ. Bezügen Sonderangebot. Versand nach auswärts. Durch Abschl. ganz. Prodkt. bin ich i. d. Lage, auch in d. Zeit, wo die Ware am knappsten, all. Anspr. gerecht z. werd.

Adolf Wagner

Fabrik. u. Großhandlg., Leipzig, Markth., Gal., Stand 124—125. Kont.: Hardenbgstr. 62. Fernsprecher 31280.

Inserate

für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

Haferflocken

Mark **1.90** per Pfund

Zentner **185.00** Mark

Erbsenmehl	Pfund 2.75	Essbirnen reife Ware	Pfund 1.00
Tapiocamehl	Pfund 4.80	Lorenzbirnen zum Einmachen	Pfund 1.20
Paniermehl	Pfund 4.80		
Bananenmehl	Pfund 5.50		

ALTHOFF

Neues Operetten-Theater.

Poststraße. (Fernruf 2484.)

Mittwoch, den 4. August 1920

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von Dr. R. M. Wittner und Rudolf Oesterreicher. Musik von Emmerich Kálmán.

(Ohne Ouvertüre.)

Inszeniert von Joseph Groß. Musikalische Leitung: Otto Findeisen.

Personen: Fürstin Alexandra Marie (Therese Miel); Herzog Ottokar von Grevlingen (Hermann Engelmann); Hubert von Mittelburg (Rudi Gsaller); Graf Lothar Meredith (M. Burg); Herr von Dierks (Karl Eichler); Viktor Ronai, Maler (Ernst Badekow); Andreas Lubitschek, Tiermaler (Jos. Trautmann); Doktor Julian Lapprix, Schriftsteller (Paul Schröder); Richard Goeb, Sänger (Edmund Burch); Gideon, Bildhauer (August Rohwold); Pferinger, Dichter (Georg Felsegger); Lori Kirchenbrenner, Choristin (Charl. Wolland); Liesel, Malerin (Anna Daniel); Adolf, Kabarettsängerin (Gina Hansen); Frangi, Gustl, Woldi, Modelle (Martha Büttner, Cläre Diedrichs, Frieda Polster); Mizzi, Kellnerin (Grete Pitz); Ein Diener des Herzogs (Hugo Müller); Ein Leibjäger (Jos. Philipp).

Gewöhnliche Preise (zuzüglich 10% erhöhte städtische Kartensteuer).

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Ab Donnerstag, den 5. August: Geschlossen.

Altes Theater.

Donnerstag, den 5. August: **Der Liebestrank.** Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 6. August: **Der Biberpelz.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Wichmann. Fernruf 1060.

Mittwoch, den 4. August 1920

Gastspiel Anton Franck.

Zum 52. Male:

Zwangseinquartierung.

Schwank in 4 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.

In Szene gesetzt von Anton Franck.

Personen: Kommissionsrat Anton Schwalbe, Fabrikbesitzer (* * *); Gerhard, sein Neffe (Hans Merkel); Mathias Ellermann, sein Kompagnon (Kurt Reukircher); Helene, seine Tochter (Käthe Franck-Mitt); Dr. Hans Hellwig (Wilhelm Berthold); Edelka Herzeköhler (Wally Illing-Merck); Wilhelm Lemke (W. Braunhoff); Auguste Klemeden (Olga Beckow); Anna, ihre Tochter, Köchin bei Schwalbe (Emilie Winterberg); Karl, Diener bei Schwalbe (Kurt Paulus); Frau Wolkmann, Portiersfrau (Edith Gärtner).

Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.

* * * Kommissionsrat Anton Schwalbe . . . Anton Franck

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9½ Uhr.

Donnerstag, den 5. August: Gastspiel Anton Franck: Zwangseinquartierung. Anfang 7½ Uhr.

Freitag, den 6. August: Gastspiel Anton Franck: Zwangseinquartierung. Anfang 7½ Uhr.

Die Juli-Abschnitte der Jahreskarten gelten bis einschließl. 15. August.

Die Zeichnungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 6 Uhr an der Theaterkasse und bei F. A. Copnius, Petersstraße, während der Geschäftsstunden angenommen.

Krystall-Palast

Monat August 1920.

Jubiläums-Programm.

25 jähriges Bestehen des ständigen Varietés im Krystall-Palast.

Betty Wink Operetten-Sängerin.	**Ernst Scharf** der geniale Musiker.
5 Carras Akrobaten.	
Loubé & Partnerin kom. Radfahrer.	**2 Margos** Akrobaten.
2 Hartwells Doppelflugseilkünstler.	
Richard Kautz Humorist.	**Laurenz & Partner** Kunstpfeifer-Duett.
Dr. Angelos Lebender Marmor.	
Fred Chasyer der lustige Fassroller.	**Optische Berichterstattung.**

Anfang ½8 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

SARRASANI

Im Zeltbau auf dem Messplatz. Tel. 1065. Täglich 7½ Uhr. — Sonntags auch 3 Uhr. Vorverkauf: Gebr. Ury.

Nur noch wenige Tage!

Der Spielplan der grossen **Sarrasani-Sensation.**

Sichern Sie rechtzeitig die Billets für Sonntag!

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.

Täglich Moderne Tanz-Aufführungen.

Naturpark Schleussig

Straßenbahn 8 u. 1. Fernruf 40883.

Morgen Donnerstag, ab 3.30

Großes Ferien-Kinderfest

verbunden mit **Konzert** und selten schönem

Tages-Brillant-Feuerwerk.

Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Abends ab 7.30 **Großes Elite-Park-Konzert.**

Herr Kapellmstr. P. Schleider wird mit seinem Philharmon. Blas-Orchester das Beste vom Besten bieten.

Neu! Rostbratwurst-Rösten Neu!

in vollem Betrieb.

Der Park ist prächtig illuminiert.

Brandenburger Hof

Mittelstraße 11

Heute Mittwoch

Der amüsante Ball

Verstärktes Orchester. Intimer Betrieb.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. August.

Parteiangelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Donnerstag früh sind an den Straßenecken Flugblätter zu verteilen. Material ist in den Filialen abzuholen.

Ortsverein L.-Ost. Donnerstag, den 5. August, ½8 Uhr, Frauendiskussionsabend. Freitag, den 6. August, ½8 Uhr, Rechtsschule des Genossen Schmidt.

Oetzsch-Gautzsch. Alle Genossen, die sich zum Ortsschutz gemeldet haben und die sich noch melden wollen, treffen sich Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr, im Thüringer Hof, Gautzsch.

Großzschocher. Donnerstag, abends 8 Uhr, Frauendiskussionsabend in der Schule.

Leutzsch. Donnerstag, den 5. August, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im Schwarzen Jäger (Kleiner Saal). Genossen und Genossinnen, die sich an den Arbeiten zum Volks- und Kinderfest beteiligen wollen, werden gebeten, mit zu erscheinen.

Wahren. Der Kursus über historischen Materialismus fällt am 5. August aus und wird am Donnerstag, den 12. August, fortgesetzt.

Gewerkschaftsfestausschuß und Bildungsinstitut.

Donnerstag, den 5. August, abends 7 Uhr: Sitzung im Hotel Viktoria, Zimmer 104.

Gewerkschaftskartell.

Gruppenrat 13 (Verkehr). Donnerstag, den 5. August, ½7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104, Hotel Viktoria, Gerberstraße 1.

Karten und Bilder vom Gewerkschaftsfest sind beim Genossen Windsch, Leipzig, Plagwitzer Straße 9, zu haben. Näheres siehe heutiges Inserat.

Noch einmal Moralfexerei.

Wir haben wiederholt über kleinliche Repressalien berichtet, die von der Polizeibehörde gegen jene Leute unternommen werden, die sich nach den Begriffen einer muffigen und verstaubten Moralauffassung dadurch vergehen, daß sie ohne gesetzliche Genehmigung in ehelicher Gemeinschaft leben. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß sich die Polizeibehörde bei ihrem Vorgehen auf eine Verordnung aus dem Jahre — 1834 stützt. Eine solche hochwichtige Staatsaktion zur Rettung der bürgerlichen Moral — die von den Trägern dieser Moral zumeist selbst nicht befolgt wird —, unternahm kürzlich die Polizei gegen eine Genossin im Westen Leipzigs. Man hatte ihr die berühmte Verordnung vom Februar 1834 mit der üblichen Strafandrohung vorher pflichtschuldigst und gesetzmäßig ins Haus gebracht, dann nahm sie ihren Anfang — die rettende Moralaktion. Eine ganze Polizeipatrouille wurde aufgeboten, ein Wachtmeister vernahm die Gesetzesverletzerin in hochnotpeinlichem Verhör, während sein Begleiter ohne Auftrag und Assistenz die ganze Wohnung, sogar unter dem Bett und unter dem Sofa nach versteckter Unmoral untersuchte. Nach der Aktion wurde der Wohnungsinhaberin feierlichst eröffnet, wenn sie in flagranti (zu deutsch: auf frischer Tat) ertappt werde, würde an ihr sofort eine vierzehntägige Haftstrafe vollstreckt.

Wir sind ja gewöhnt, in Deutschland etwas hölzern, unmodern und vorgestrig zu sein, diese Moralfexerei übersteigt aber doch den Grad dessen, mit was man sich als Erbstück aus der „guten alten Zeit" in der „freiesten" Republik der Welt abfinden muß. In vielen europäischen Staaten war das Konkubinat schon lange vor dem Kriege gestattet, in der „freiesten Republik" hetzt man nach der Revolution ganze Polizeipatrouillen auf freie Deutsche, weil sie eine hundertjährige Verordnung verletzt haben sollen. Diese Polizeiwanderen stehen auch im Widerspruch mit der Verfassung, nach der Männer und Frauen gleiche Rechte haben, nach der sich jeder Deutsche aufhalten kann, wo er Lust hat, und nach der im besonderen die Wohnung eines jeden Deutschen für ihn eine Freistätte und unverletzlich sein soll. Nach der Verfassung sind auch alle Gesetze und Verordnungen, die diesen Grundsätzen widersprechen, außer Kraft gesetzt. Von all dem scheint die hohe Obrigkeit in Leipzig keine Ahnung zu haben; für sie gilt offenbar nicht die Verfassung von 1919, sondern die altehrwürdige, innerlich längst verfaulte Verordnung von 1834. Die Leipziger Polizeibehörde scheint auch keine Empfindung dafür zu haben, daß sie mit dieser Art Moralschnüffelei ihren Beamten eine nicht gerade würdige Rolle zuweist. Wenn das Polizeiamt etwas zur Hebung der sexuellen Moral beitragen will, dann findet es ein weites Feld der Betätigung in den Kreisen derer, die Kriegs-, Schieber- und Wuchergewinne verprassen. Wo in den unteren Volksschichten zwei Menschen in ehelicher Gemeinschaft leben, ohne daß sie vorher die hohe Obrigkeit gefragt haben, da handelt es sich in neunundneunzig von hundert Fällen um sittlich hochstehende Beziehungen, auch wenn der Pfaffe oder der Standesbeamte dazu nicht um seinen Segen angerufen worden ist.

Der Wirrwar über den Steuerabzug.

Mit dem 1. August ist das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft getreten. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze sind soeben erlassen worden. Nach den neuen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen der Wert der Naturalbezüge, z. B. Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und seinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalabzüge einzusetzen mit dem Werte, der sich aus den Lohntarifvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen sind die vom Versicherungsamte festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zu der Festsetzung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als 5 Mk. für den Tag, 30 Mk. für die Woche und 125 Mk. für den Monat anzurechnen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehalte, Besoldungen, Tantiemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andre Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosen-Unterstützungskassen, sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvertretungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungekürzten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzuge frei. Diese Teile sind so berechnet, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom 10prozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnberechnung 5 Mk. für den Tag sowie je 1.50 Mk. für die Ehefrau des Arbeiters und für jedes zur Haushaltung des Arbeiters zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mk. für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mk.; bei Monatslohn 125 Mk. für den Monat und je 40 Mk. für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Ueberstiegt unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mk., so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000 Mark, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mk. 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Tantieme abgezogen werden.

Der Unternehmer hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nicht nach der Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (z. B. bei Saisonarbeitern).

Wenn also beispielsweise ein verheirateter Arbeiter mit vier Kindern nach Abzug der obengenannten Beiträge zur sozialen Versicherung 756 Mk. Monatslohn bezieht, so berechnet sich der Steuerabzug folgendermaßen: Es sind zunächst 125 Mk. abzusetzen und weiter 5 mal 40 = 200 Mk. für die Ehefrau und vier Kinder, so daß insgesamt 325 Mk. dem Steuerabzug nicht unterliegen. Es bleibt dann noch für den Steuerabzug eine Summe von 431 Mk., von denen 10 Prozent einzubehalten sind. Das würde 43.10 Mk ausmachen. Jedoch ist in den Ausführungsbestimmungen vorgeschrieben, daß der Betrag auf volle Mark nach unten abzurunden ist. Für das Steuerjahr 1920 werden ihm somit, da der Abzug erst seit dem 25. Juni 1920 in Kraft ist, und er daher in diesem Jahre bei Monatslöhnen nur für 10 Monate erfolgt, 433 Mk. einbehalten. Das steuerpflichtige Einkommen für 1920 berechnet sich dagegen auf mindestens 4200 Mk., wovon für 1920 486 Mk. an Einkommensteuer demnächst zu entrichten sind.

Oder ein andres Beispiel: Ein unverheirateter Steuerpflichtiger bezieht einen Wochenlohn nach Abzug der Versicherungsbeiträge in Höhe von 260 Mk. In diesem Falle sind 30 Mk. abzusetzen, so daß nur von 230 Mk. der 10prozentige Abzug gemacht zu werden braucht. Wird der Abzug in diesem Jahre für 40 Wochen (vom 25. Juni 1920 an) gemacht, so werden dem Arbeitnehmer insgesamt 920 Mk. einbehalten. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von rund 11 500 Mk. hat er aber für 1920 demnächst 1755 Mark Einkommensteuer zu zahlen.

Amtlich wird mitgeteilt: Nach Artikel 2 des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn vom 21. Juli 1920 werden die bis zum 1. August 1920 (R.G.Bl. S. 1463) auf Grund der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beiträge auf die nach diesem Gesetz einzubehaltenden Beträge angerechnet. Diese Vorschrift ist nach einer Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen so zu verstehen, daß die bis zum 1. August 1920 auf Grund der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes einbehaltenen Beträge nur anrechnungsfähig sind, soweit sie gegenüber dem Gesetze vom 21. Juli 1920 zuviel einbehalten wurden.

In dem Wirrwarr der Steuergesetzgebung findet sich jetzt selbst die Behörde nicht mehr zurecht. Wie nämlich weiter berichtet wird, sind die Ausführungsbestimmungen über den Steuerabzug bei den Unternehmern auf heftigen Widerstand gestoßen. Daher soll das Reichsfinanzministerium die Bestimmungen noch einmal durcharbeiten. Es bleibt deshalb für den Monat August bei dem Abzug von 10 Prozent, die neuen Bestimmungen sollen frühestens vom 1. September an gelten.

Ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiter!

ist das Gesetz über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, das dem Reichstag gegenwärtig zur Beratung vorliegt.

Mit Hilfe der bewaffneten Söldner des Kapitals sollen die Arbeiter unterdrückt, die letzten Errungenschaften der Revolution beseitigt werden, damit das Volk widerstandslos der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Kapitalisten preisgegeben wird.

Gegen diesen Gewaltstreich erhebt die Leipziger Arbeiterschaft schärfsten Protest!

Morgen Donnerstag
nachmittags ½5 Uhr, finden

Vier große Protest-Versammlungen
statt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sorgt für Massenbesuch!

Das Reichswirtschaftsmuseum.

Wie wir schon berichtet haben, ist das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum Zeitzerstraße 8—12 in ein Reichswirtschaftsmuseum umgewandelt worden, nachdem die großen wirtschaftlichen Sammlungen, die für ein Reichskriegsmuseum bestimmt waren, und diejenigen von wirtschaftlichen Organisationen halbamtlicher Art auf Veranlassung des Reichwirtschafts- und Reichswehrministeriums hierfür überführt worden sind. Dadurch befindet sich in diesem Museum ein einzigartiges Darstellungsmaterial, dessen Wert schon jetzt mehr als eine Million Mark beträgt. Auf Grund dieser großen Sammlungen wird z. Z. mit Unterstützung von Wissenschaftlern und Wirtschaftlern von Ruf das Institut neu aufgebaut. In großzügiger Weise haben sich Verbände und Einzelfirmen bereit erklärt, fehlende Gegenstände und ganze Ausstellungsgruppen unentgeltlich zu liefern. Auch bedeutende Leipziger Verbände und Firmen befinden sich unter diesen Spendern. Die Leitung hofft, das Museum in einigen Wochen der Oeffentlichkeit zugängig machen zu können. Leider wurden die Arbeiten durch die allgemeine wirtschaftliche Lage verzögert. Es ist aber damit zu rechnen, daß es gelingt, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu gehört auch die Lösung der finanziellen Frage. Dem Reichswirtschaftsmuseum sind zwar in den letzten Monaten aus den Kreisen der Industrie und des Handels über eine Viertel Million Mark an neuen Beiträgen gestiftet worden. Bei der Entwertung des Geldes und bei den großen Anforderungen, die an ein derartiges Institut gestellt werden, genügt diese Summe aber noch nicht, wenn das Reichswirtschaftsmuseum als „erstes deutsches Wirtschaftsmuseum" würdig ausgebaut werden soll. Die Leitung des Unternehmens hofft, daß die Leipziger Bevölkerung die Bestrebungen dieses volkswirtschaftlich so wichtigen Institutes durch Hergabe von Geldmitteln unterstützen wird.

Die Not der Kranken. Durch eine Verordnung der Reichsregierung sind die Grundlöhne heraufgesetzt worden, nach denen die Beiträge und Leistungen der Krankenkassen berechnet werden. Die Aenderungen, die am 10. Mai in Kraft traten, haben aber nach den Bestimmungen auf schwebende Unterstützungsansprüche oder Leistungen keinen Einfluß. Die Kranken, deren Erwerbslosigkeit vor dem 10. Mai eintrat, erhalten dementsprechend noch die alten Sätze des Krankengeldes, in der höchsten Klasse 33 Mk. wöchentlich. Durch die Krankenversicherung soll den Erkrankten die Wiederherstellung der Gesundheit ermöglicht werden. Dazu reicht das Krankengeld natürlich nicht aus. Die Kranken befinden sich daher in einer schlimmen Notlage, die der Abhilfe dringend bedarf. Mit einmaligen Beihilfen ist den Kranken wenig gedient. Sie brauchen regelmäßige Zuwendungen, wenn ihre Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt werden soll. Darum müssen die Härten für die Krankengeldbezieher durch Streichung der betreffenden Bestimmungen beseitigt werden.

Die Meißner Zuschußkasse veröffentlicht in einem Inserat der heutigen Nummer die neuerdings veränderten Satzungsbestimmungen über die Leistungen der Kasse.

Beratungsstelle für Schuhwaren- und Schuhreparaturpreise. Das Gewerbeamt schreibt uns: Auf die von der Schuhmacherinnung, dem Schuhhändlerverband und dem Verband der selbständigen Schuhmacher Deutschlands, Sitz Leipzig, eingerichtete Beratungsstelle für Schuhwaren- und Schuhreparaturpreise wird hiermit nochmals hingewiesen. Zweck der Einrichtung ist, das Publikum sowohl als auch die Händler über die Preise aufzuklären und ihnen mit Rat zur Seite zu stehen. Bis auf weiteres kann die Beratungsstelle nur Freitags, von 11 bis 1 Uhr mittags, im Neuen Rathaus, Erdgeschoß, Zimmer 190, in Anspruch genommen werden.

ha **Die gefährliche Kunstseide.** Pulvergewebe oder Kartuschbeutelstoff ist bekanntlich als Kunstseide verkauft und zur Bekleidung verwendet worden. Nach ihrem eigentlichen Verwendungszwecke verbrennt der Stoff bei Entzündung, ja schon bei Erwärmung überaus heftig, u. U. explosionsartig. Ein solcher Fall ist bekannt, in einem zweiten Falle ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das daraus gefertigte Hemd in Flammen auf. Der Arbeiter erlag den erlittenen Brandwunden. In einem dritten Falle explodierte der als Futter verwendete Stoff beim Plätten, wobei großer Sachschaden entstand. Die Polizeibehörden sind deshalb angewiesen, vor dem Ankauf und der Verwendung dieser gefährlichen Kunstseide zu warnen. Zur Probe soll ein etwa fingerlanges und zwei Finger breites Stückchen des Stoffes angezündet werden. Das Pulvergewebe brennt dann fast plötzlich ab. Der Versuch muß aber abseits von andern leicht brennbaren Gegenständen, insbesondere von dem Stücke des Gewebes angestellt werden. Das Stückchen darf man dann auch nicht zwischen den Fingern halten. Für den Besitz und Vertrieb des Stoffes ist nach dem Sprengstoffgesetz ein Sprengstofferlaubnisschein notwendig. Verstöße gegen dieses Gesetz werden mindestens mit Gefängnis von drei Monaten bestraft.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 5. August.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: Letzter Tag — abzugeben Fleischmarken 1 und Fleischmarken 11 für Kriegsgefangene.

Ausgabe. Kohlenkarten für Untermieter: Ausgabe im Kohlenamt, Gerberstraße 3, I, Buchstabe E des Vermieters.

Auslandschweinefleisch für Schwerkriegsbeschädigte: Ausgabe Leipzig-Gohlis, Mechlerstraße 1, nachmittags 3—5 Uhr (ein Pfund).

Zucker für Schank- und Speisewirtschaften: Entnahme Petersteinweg 18, Nr. 901 bis Schluß der Personenausweiskarte.

Ausgabe der Spiritusmarken für August an Minderbemittelte und solche Personen, die den Spiritus zur Kranken- und Säuglingspflege brauchen, Montag, den 9. August. Zeit und Ort der Verteilung ist vom 7. August an bei den zuständigen Polizeiwachen zu erfragen.

Für Händler.

Teigwaren, Haferflocken, Erbsen: Bezugscheinentnahme.

Seife: Abgabe der Seifenpulverabschnitte für Monate Juli und August in der Bezugscheinstelle.

Polizeinachrichten.

Warnung an Meßaussteller! Bei der Kriminalpolizei sind Anzeigen darüber eingegangen, daß ein Schwindler, der sich Möhrl nannte, städtische Meßausstellungsstände vermietet, wozu er gar nicht berechtigt war.

Wer kann Angaben machen! 3000 Mk. Belohnung! In einer bei der Kriminalabteilung anhängigen größeren Betrugssache ist festgestellt worden, daß dem Täter u. a. auch eine wertvolle gekräuselte Plüschdivandecke, 1,50 mal 3,00 Meter groß und von hellbrauner Farbe mit dunkleren Flecken, in die Hände gefallen, mit der er am 29. v. M. (Donnerstag) um 1 Uhr 50 Min. nachmittags von Halle nach Leipzig gefahren ist. Die Decke befand sich in einem in rötlichem Papier eingeschlagenen Paket in der Größe 75 mal 30 mal 30 mit aufgeklebter gelber Adresse. Der Täter ist etwa 30 Jahre alt, schlank, etwa 1,80 Meter groß, hat verlebte Gesichtsfarbe, etwas vorstehende Backenknochen, trägt dunkelblondes, links gescheiteltes Haar, Klemmer mit großen runden Gläsern. Die linke Schulter ist etwas höher als die rechte. Bekleidet ist er mit grauem Anzug und grün-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

lichem Hut mit heruntergeschlagener Krempe. Es werden namentlich Wirtsleute gebeten, Wahrnehmungen, die mit dem geschilderten Vorgange in Verbindung gebracht werden können, schnellstens der Kriminalabteilung mitzuteilen. Auf die hohe Belohnung wird besonders verwiesen.

Sächsische Angelegenheiten.

Wirtschaftsministerium und Lebensmittelpreise.

In einer Zuschrift an die Dresdner Volkszeitung macht das Wirtschaftsministerium darauf aufmerksam, daß der Landwirtschaft wohl Preise bewilligt werden müssen, die die Erzeugungskosten decken und einen geringen Gewinn übrig lassen, daß die Preisbemessung aber unter keinen Umständen über die Grenzen der Leistungsfähigkeit der verbrauchenden und besonders der minderbemittelten Bevölkerung hinausgehen dürfen. Wann und wo diese Gefahr besteht, müßten, falls Staatsmittel zur Verbilligung nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können, die Erzeuger unter Umständen auch einmal auf irgendwelchen Gewinn verzichten und sich günstigenfalls mit der Deckung der reinen Produktionskosten begnügen, so lange, bis die schwierige Lage der verbrauchenden Bevölkerung behoben ist. — Das Wirtschaftsministerium habe diese Auffassung stets vertreten und auch bei der Reichsregierung in diesem Sinne gewirkt. Es habe u. a. mit dem Hinweis darauf, daß die minderbemittelte Bevölkerung eine ständige Preissteigerung einfach nicht mehr ertragen kann, mit aller Deutlichkeit und Bestimmtheit gefordert, einmal, daß an dem Versprechen der Reichsregierung festgehalten und eine weitere Erhöhung des Brotpreises unter allen Umständen vermieden wird, weiter, daß die Fleischpreise baldigst gesenkt werden, und endlich, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Herbstkartoffeln zu einem Preise, der auch für die Minderbemittelten erschwinglich ist, also sich wohl noch wesentlich unter den jetzt noch festgesetzten Erzeugerpreisen halten müßte, sichergestellt wird.

Wozu zu bemerken ist, daß es besser gewesen wäre, wenn diese Bemühungen mit der gleichen Energie betrieben worden wären, als in der Reichsregierung die Parteigenossen des Herrn Wirtschaftsministers die ausschlaggebende Rolle spielten.

Nicht zur Begnadigung geeignet.

Der Soldat P. K. in Leipzig hatte sich im November 1918 eigenmächtig von seinem Truppenteil entfernt. Den Vorsatz, nach einigen Tagen zu seiner Truppe zwecks endgültiger Entlassung zurückzukehren, konnte er nicht ausführen, weil er Lungenentzündung bekam und einige Wochen das Bett hüten mußte.

Das Gericht der 4. Division Nr. 40 verurteilte den K. im Frühjahr 1920 zu 14 Tagen Mittelarrest wegen unerlaubter Entfernung vom Heer. Ein eingereichtes Gnadengesuch wurde vom sächsischen Justizministerium mit Schreiben vom 20. Juli 1920 weil „nicht geeignet gefunden" abgelehnt.

Daraus geht hervor, daß die Militärgerichte lustig weiter „Recht" sprechen, wenn es sich um Vergehen der Mannschaften gegen die Disziplin im alten kaiserlichen Heer handelt, wohingegen sie bekanntlich gegen wirkliche Verbrechen von Offizieren und Zeitfreiwilligen nichts einzuwenden finden, wenn diese im Interesse der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ruhe und Ordnung begangen wurden. Und zu diesem Vorgehen bietet der rechtssozialistische Justizminister Dr. Harnisch die Hand. Der Vorgang ist die beste Begründung für die Forderung nach Erlaß einer allumfassenden Amnestie und völlige Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit, was beides nur durch intensivsten Klassenkampf erreicht werden wird.

Die Prozesse gegen Hölzgardisten

werden in der nächsten Zeit zum Teil vor dem Landgericht, zum Teil vor dem Schwurgericht in Dresden beginnen. Eine Anzahl von Hölzgardisten, gegen die kein Fluchtverdacht vorliegt und bei denen eine Verdunklungsgefahr nicht besteht, sind freigelassen worden.

Eine staatliche Kraftwagenlinie wird am 3. August von Zwickau über Reinsdorf—Wildenfels nach Hartenstein eröffnet. Der Fahrpreis beträgt 40 Pfg. für den Kilometer.

Chemnitz. Am Sonnabend nachmittag wurde in einem Hause der Limbacher Straße eine 35jährige Frau mit ihrem acht Monate alten Kinde infolge Leuchtgasvergiftung bewußtlos aufgefunden. Die Rettungsversuche hatten nur bei der Frau Erfolg.

Thum. Im Sumpfe erstickt ist hier ein neunjähriger Knabe, als er im sogenannten Herrenteiche Seerosen pflücken wollte.

Aus der Umgebung Leipzigs.

d. **Beucha.** Aus dem Gemeinderat. Die diesjährige Pflaumennutzung an der Straße nach Kleinsteinberg und von Kleinsteinberg nach Cämmerei wird öffentlich verpachtet, den übrigen Teil von Zweenfurth nach Brandis übernimmt die Gemeinde in eigene Bewirtschaftung. — In einer Eingabe beantragt der Kolonialwarenhändler B. die Uebertragung einer Kartoffelverteilungsstelle. In Anbetracht der unklaren Verhältnisse in der Kartoffelversorgung sieht man von einer Entschließung zunächst ab. Dem Gesuch des Wassermeisters um Gewährung eines Urlaubs stimmt man zu, doch soll der neue Stellvertreter erst geprüft werden, damit Fälle wie im vorigen Jahre, wo bekanntlich die Wasserversorgung gänzlich versagte, vermieden werden. — Der Telegraphenarbeiter Jentzsch, welcher trotz Warnung in eine ihm nicht zugewiesene Wohnung eingezogen ist, hat sich erneut an die Amtshauptmannschaft Grimma gewendet, um die nachträgliche Zuweisung zu erreichen. Der Gemeinderat bleibt auf der zwangsweisen Räumung der zu Unrecht bezogenen Wohnung bestehen, jedoch sollen die von Jentzsch gemachten Angaben gründlich geprüft werden. Der Gemeindevorstand macht von der Beschlagnahme einer Wohnung in Nr. 68a Mitteilung. Die zur Zeit noch benötigten Wohnungen können nicht beschafft werden. Dem Plan, die Steinbruchskantine von Günther u. Fiedler am Kirchbruch zu einer Wohnung auszubauen, will man nähertreten. Die Zustimmung der Besitzer lag noch nicht vor. Gegen den Hausbesitzer A. Enger wird Strafantrag gestellt wegen Vergehen gegen das Wohnungsgesetz. — Gutsbesitzer Ha. erhebt Einspruch gegen zu hohe Berechnung des Wasserzinses. Nach erfolgter Aufklärung wird festgestellt, daß dieses nicht der Fall sei. Hierauf wird der Einspruch abgewiesen. — Die Gehaltsregelung des Gemeindevorstands entfesselte eine längere und kritische Aussprache, wobei die Geschäftsführung besonders bemängelt wurde. Der Finanzausschuß beantragte eine Erhöhung um 1000 Mk. pro Jahr. Ein bürgerlicher Antrag bezweckte eine solche um 2000 Mk., dieser wurde abgelehnt. Ersterer gelangte zur Annahme. Des weiteren wurde die Gehaltsregelung des Gemeindebeamten A. behandelt. Das bisherige Gehalt von A., 5500 Mk., wurde als viel zu niedrig betrachtet. Die Einreihung in Gruppe III — nach Reichsbesoldungsordnung — wurde beschlossen, jedoch werden nur 80 Prozent der darin aufgeführten Sätze gezahlt. Danach würde ein Jahresgehalt von

Große öffentliche Volks-Versammlungen

Morgen Donnerstag, nachmittags 1/2 5 Uhr

in folgenden Lokalen:

Norden: Neuer Gasthof Gohlis | **Zentrum: Volkshaus** (Garten u. Gesellschaftssaal)

Westen: Felsenkeller (Garten) | **Osten: Albertgarten**

Tagesordnung:

Ein neues Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterklasse.

Kopf- und Handarbeiter, die Reaktion versucht erneut euch niederzuschlagen, beweist durch euer Erscheinen, daß ihr bereit seid, dieses zu verhindern. Marschiert geschlossen aus den Fabriken zur Protestversammlung.

Gewerkschaftskartell. **Parteileitung U. S. P. D.**

Uhren
Ketten, Schmucksachen
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6 *

Hausfrauen! Margarine wie **Butter.**
1-Pfund-Würfel **10.60**, 5-Pfund-Block à Pfund **10.50.**
Brüderstraße 22, Ecke Turnerstraße
— **Lebensmittel-Tunnel.** —

Achtung! Die Schuhmacherei von Herrn **Albin Pertich, L.-Neustadt, Wissmannstraße 19,** habe ich am 3. Aug. 1920 käuflich erworben. — Ich bitte die bisherige Kundschaft, mich unterstützen zu wollen. Sie werden stets reell und billig bedient.
Max Schlauch, Schuhmacher **Wissmannstraße 19.**

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher
Heinrich Berthold
Lederhandlg., **Leipzig,** Nikolaistr. 20-26
Leder-Ausschnitt

Schafgarbenkraut
lang mit Blüten, **Knicker** (Knöterich, Zerrgras) und alle anderen **Arzneikräuter kauft** in gut getrocknetem Zustand täglich 8—3, Sonnabends 8—12 Uhr
W. F. Nauck, Leipzig
Rosentalgasse 4. [*

Eröffnung!
Grimmaische Straße 17
en detail **Zigaretten** en gros
feiner türkischer Tabake :-: Eigenes Fabrikat
Orient. Tabak- u. Zigarettenfabrik
„Mydas"

Konsumverein L.-Plagwitz
und Umgegend ::: Eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Margarine
Pfund 10.80 Mk.
Wir führen nur beste Fabrikate. Der Vorstand.

Offene Beine
Unterschenkelgeschwüre
Krampfaderschäden etc.
behand. nach bewährter Methode
Apotheker Hauptmann,
L.-Gohlis, Merbachstr. 2
Straßenbahnh. Sprechzeit 10—1, 3—5, Sonntags nur vormittags.

Soeben ist in unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung
Tauchaer Straße 19/21.

Gastwirte! Zum gemeinschaftl. Bezug **echt bayr. Vollbieres** (4½ Proz.) noch einige Kollegen gesucht. Das Bier kann mit 1.20 Mk. à Glas verschänkt werden, da es franko Haus auch nicht teurer wie Lagerbier kommt. Besprechung nach 7 Uhr abends. Gastwirt **Muck,** L.-Reudnitz, Eichoriusstraße.

Billige Trauringe! Echt Gold
gesetzl. gestempelt (333) ℳ 65.—, (585) ℳ 135.— mit Gravierung. Zusendung von Mustergrößen kostenlos. *
A. Conrad, Goldwaren, Seifhennersdorf i. S.

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen
Leipziger Buchdruckerei AG
Tauchaer Str. 19-21 .·. Fernsprecher 4596
Rotationsbetrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenauflagen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse für Arbeiter aller Berufe Deutschlands
Sitz Meißen

Zur Aufklärung! Die „Meißner Kasse" ist eine Zuschußkasse; sie wurde 1891 bzw. 1873 von organisierten Arbeitern gegründet. Sie ist eine der besten Hilfskassen und ruht auf durchaus sicherer Grundlage; alle Ueberschüsse werden zu Verbesserungen für die Mitglieder verwendet. Der Kasse gehören rund 45000 Mitglieder in etwa 600 über ganz Deutschland verbreiteten Zahlstellen an. Mitglied können männliche Personen aller Berufe im Alter von 14 bis 45 Jahren werden. Nach den Beschlüssen der vom 4. bis 7. Juli 1920 in Schweinfurt abgehaltenen Hauptversammlung werden bei wöchentlichen Beiträgen von 50 bis 250 Pfg. vom zweiten Tage der Erwerbsunfähigkeit an **Krankengeldzuschüsse von 12 bis 60 Mark wöchentlich** auf die Dauer von 13 bis 52 Wochen sowie Sterbegelder von 25 bis 500 Mark gewährt. Der Kasse ist noch eine besondere **Sterbekasse** für die Mitglieder und deren Angehörige vom 12. bis 45. Lebensjahre angegliedert, die bei einem Monatsbeitrage von 30 Pfg. ein Sterbegeld von 25 bis 100 Mark auf jeden Anteil leistet. Jeder Versicherte kann bis zu fünf Anteile erwerben. **Die Aufnahme sowohl in die Kranken- wie in die Sterbekasse erfolgt ohne ärztliche Untersuchung.** Anmeldungen richte man an die nächstgelegene der folgenden

Adressen der örtlichen Verwaltungsstellen im Gau Leipzig:

Leipzig (Zentrum): Alfred Böhme, Kronprinzstr. 37, H. I.
Anger: Friedrich Ziesemer, Moltkauer Str. 46, IV.
Connewitz: Gustav Krug, Zwenkauer Str. 36, II.
Gohlis: Karl Winter, Gravelotte-Str. 3, III.
Großzschocher: Otto Reinhardt, Knauthainer Str. 20, pt.
Kleinzschocher: Emil Wagner, Klingenstr. 46, III. r.
Leutzsch: Max Seifert, Barnecker Str. 17, III.
Lindenau-Plagwitz: K. Fritzsche, Li., Merseb. Str. 112, III. r.
Mockau: Albert Dammenhain, Thekla, Mühlenstr. 9.
Oetzsch: Bernhard Biegler-König, Gautzscher Str. 4, II.
Paunsdorf: Hermann Meißner, Böttcherstr. 22, pt.
Schleußig: Arno Scheibner, Rödelstr. 6, I.
Schönefeld: Max Hunger, Dimpfelstr. 9, III.
Sellerhausen: Kurt Ehrlicher, Wurzner Str. 142, III. l.
Stötteritz: Bernhard Dietrich, Wasserturmstr. 27, I.
Stünz: Hermann Hempel, Anger, Schirmerstr. 12, p.
Böhlitz-Ehrenberg: Karl Nolle, Wettiner Str. 38, II.
Cospuden bei Zöbigker: Gastwirt Emil Moser.
Eythra: Bruno Reichler, Neuhoferstr. 147b.
Gaschwitz: Carl Pilz, Nr. 47.
Knautkleeberg: Romaldus Höfer, Seumestr. 11.
Lößen: Wilhelm Reim, Karlstr. 8.
Markkleeberg: Oskar Schnurpel, Bornaische Str. 103, I.
Marienstadt: Artur Müller, Lützner Str. 33.
Probstheida: Wilhelm Schulze.
Rötha: Otto Pörsch, Wettinstr. 206b.
Schönau: Gustav Hoyme, Lindenaue 18.
Stahmeln: Rudolf Pfaff, Nr. 10.
Taucha b. L.: Robert Daniel, Graßdorfer Str. 26, II.
Wachau: Otto Hartwig, Nr. 47.
Zweenau: Karl Schulze, Schillerstr. 17.

Gauvorstand:
Vorsitz. Ernst Geyer, Connewitz, Frohburger Str. 37, I.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

6720 Mk. erreicht. Da es sich um einen Militärrentenempfänger handelt, hatte man geglaubt, allen Grund zur äußerst niedrigen Grenze des Gehalts zu haben. Da nach dem Versorgungsgesetz bereits ein entsprechender Teil der Gebührnisse ruht, glaubte die Gemeinde für sich ebenfalls einen Teil in Anspruch nehmen zu können. Eine Anrechnung der Militärrente müßte unter allen Umständen erfolgen. Das Existenzminimum ist doch wesentlich höher als das Einkommen einschl. Rente ergibt. Hatte man früher in einer Gemeinderatssitzung von einer gründlichen Neuregelung gesprochen, so konnte durch die Tat der Grund unmöglich tiefer gefunden werden. Welch eine Leistung, nachdem das Gehalt bis in die letzte Zeit auf dem tiefsten Stande gehalten wurde, eine Erhöhung von 1220 Mk. zu „gewähren". Der Gemeinderat kann stolz sein auf diese „Regelung", eine Nachahmung können wir aber leider nicht empfehlen. Man rede nicht immer von Gleichstellung, wenn die „Tat" das Gegenteil beweist.

d. **Schkeuditz.** Am 29. Juli fand eine Stadtverordnetensitzung statt. Die entstandenen Kosten in Höhe von zirka 10 000 Mk. zur Bepflanzung des Binnenangers, einer 12 Morgen großen Wiese hinter dem Elektrizitätswerke mit Apfelbäumen wurden endgültig bewilligt. Erst in einigen Jahren wird sich der Nutzen für die Einwohner zeigen. Die dem Turnerbunde Vater Jahn gehörende im Schießgraben belegene Turnhalle soll von der Stadt für 25 000 Mk. angekauft werden. In dieser soll ein öffentliches Bad errichtet werden, um somit einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Dem wurde allseitig zugestimmt. Zum Schiedsmannstellvertreter wurde Herr August Müller auf drei Jahre wiedergewählt. Der Preis für elektrischen Strom wurde für Kraft auf 1.30 Mk., für Licht auf 1.50 Mk. mit Wirkung vom 1. Juli d. J. festgesetzt. Zu dieser Maßnahme mußte geschritten werden, weil die Erzeugungskosten um mehr als 100 Prozent gegen das Jahr 1919 gestiegen sind. Ein Preis von 55 Pfg. für Kraft war bis jetzt ein Geschenk an die Industrie. Alle Vergünstigungen, die den Großabnehmern bis jetzt eingeräumt waren, kommen in Fortfall. An Stelle des aus der Baukommission ausgeschiedenen Herrn Wilh. Becker wurde Herr Albert Müller gewählt. Das Hotel Goldene Sonne ist in den Besitz der Firma Gebr. Lehmann übergegangen und soll zu Fabrikzwecken umgebaut werden. Dadurch sind sämtliche Vereine in eine mißliche Lage versetzt worden, weil kein nennenswerter Saal mehr zu irgendwelchen Veranstaltungen vorhanden ist. Aus diesem Grunde soll der Saal im Bahnhofshotel umgebaut werden. Zur Errichtung einer Theaterbühne wird dem Ankaufe der übriggewordenen Bühnendekoration nebst Lichtanlage aus der Goldenen Sonne für 3500 Mk. zugestimmt.

In der geschlossenen Sitzung wurde die Anstellung des Polizeiwachtmeisters Döhler beschlossen und die Beamtengehälter laut einem früheren Beschlusse dem der Staatsbeamten angepaßt. Schkeuditz gehört zur Ortsklasse D. Der Gruppe 2 gehören die Hauswarte, der Gruppe 3 gehört der Stadtgärtner, der Gruppe 4 gehören die Polizeiwachtmeister und der 2. Maschinenmeister, der Gruppe 5 der Oberwachtmeister und 1 Maschinenmeister, der Gruppe 6 die Assistenten und Arbeitsnachweisverwalter, der Gruppe 7 die Sekretäre und Rendanten und der Gruppe 8 der Stadtbaumeister an. Das Gehalt des Bürgermeisters ist besonders geregelt worden. Er ist nicht in die Gruppen eingereiht worden. Die Regelung der Angestelltengehälter ist zurückgestellt worden, bis Richtlinien dazu erschienen sind oder von den Angestellten selbst Vorschläge gemacht werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Tarifkampf der Leipziger Buchhandelsangestellten.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Vor einigen Wochen hat auf Antrag der beteiligten Organisationen der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, dessen Durchführung den Angestellten wenigstens eine fühlbare, wenn auch noch nicht völlig ausreichende Besserstellung gebracht hätte. Das Unternehmertum lehnte aber den Schiedsspruch ab mit der Begründung, die schlechte Geschäftslage ließe eine derartige Erhöhung der Gehalte nicht zu. Dabei handelt es sich um durchschnittliche Höchstgehalte von 650—750 Mk.!

Die Angestelltenorganisationen haben daraufhin sofort den Demobilmachungskommissar angerufen und um Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ersucht. **Nach vier Wochen** erfolgte die Feststellung, daß sich aus **formellen Gründen** der Schiedsspruch **nicht für verbindlich erklären lasse!**

Die Leipziger Buchhandelsangestellten beschäftigten sich nun am Freitag, dem 30. Juli, in einer großen öffentlichen Versammlung im Buchhändlerhaus mit der Antwort des Demobilmachungskommissars. Kollege Allien vom Angestelltenverband gab einen Ueberblick über den Gang der Bewegung und übte in zutreffender Weise eine Kritik an der erstaunlichen Erklärung des Demobilmachungskommissars.

In der Diskussion wurden die Entscheidung des Demobilmachungskommissars, aber ebenso auch die „gewerkschaftliche Arbeit" der Gewerkschaftsbünde einer scharfen Kritik unterzogen. Ihre wirksame Vertretung der Interessen der Buchhandelsangestellten wurde stark angezweifelt, teilweise lebhaft abgestritten. Die Vertreter dieser Organisationen vermochten nicht, die Wellen des sich durchsetzenden Unwillens über ihre Tätigkeit in Vergangenheit und Gegenwart zu glätten. Am Schlusse der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 30. Juli 1920 im großen überfüllten Saale des Buchhändlerhauses versammelten Angestellten des Leipziger Buchhandels nehmen in Ansehung ihrer besonderen und anerkannten Notlage mit Unwillen davon Kenntnis, daß der Herr Demobilmachungskommissar die Verbindlicherklärung des Schiedsspruches des Leipziger Schlichtungsausschusses vom 25. 6. 1920 lediglich aus formellen Gründen ablehnt. Vor allem versteht es die Versammlung nicht, daß es zur Entdeckung solcher Formfehler eines Zeitraumes von 4 Wochen bedurfte. Sie kann in dem Worte „angemessen", das in Schiedssprüchen überall gebräuchlich ist, weder eine Unbestimmtheit, noch in der Durchstaffelung der Klassen C bis E bis zum 21. Lebensjahre in der Form des Ausdruckes eine Unklarheit entdecken und meint darauf hin, daß der derzeitige Herr Demobilmachungskommissar selbst schon Schiedssprüche für verbindlich erklärt hat, die eine Bezahlung als „angemessen" kennzeichneten. Die Versammlung beauftragt die Tarifkommission, den Schlichtungsausschuß zu einer neuen Verhandlung über den Streitgegenstand zu veranlassen und im übrigen den Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler, Ortsgruppe Leipzig, zu ersuchen, unverzüglich mit den in Frage kommenden Angestelltenorganisationen in eine neue Verhandlung über ein für alle Zweige des Leipziger Buchhandels geltenden Tarif mit Wirksamkeit vom 1. August 1920 an einzutreten, als deren Grundlage die ergangenen Schiedssprüche zu betrachten sind. Der Tarifkommission spricht die Versammlung ihr Vertrauen aus."

Die Angestelltenorganisationen haben den Schlichtungsausschuß erneut angerufen und es wird sich nun zeigen, welche der beiden Instanzen — der Schlichtungsausschuß oder der Demobilmachungskommissar — mit „formellen" Fehlern belastet sind. Das traurigste und empörendste dabei ist, daß die Angestellten ruhig weiterhungern können! Hoffentlich zieht die Angestelltenschaft hieraus die nötigen Lehren!

Achtung, Goldschmiede!

Der Leipziger Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch, nach dem erhalten pro Stunde: Goldschmiede über 25 Jahre 5 Mk., über 21 Jahre 4.50 Mk., bis 21 Jahre 4 Mk.; Angelernte über 25 Jahre 4.25 Mk., über 21 Jahre 3.75 Mk., bis 21 Jahre 3.25 Mk.; Polisseusen über 18 Jahre 2.80 Mk., bis 18 Jahre 2.30 Mk. Gleichzeitig wurde die Ferienfrage und die Vermittlung der Arbeitskräfte geregelt. Die Unternehmer lehnten diesen Schiedsspruch ab, so daß er vom Demobilmachungskommissar für rechtsverbindlich erklärt werden mußte. Die Unternehmer versuchen aber für die Zukunft, den Schiedsspruch mit seiner Rechtsverbindlichkeit illusorisch zu machen. Auf Wunsch eines Syndikus der Leipziger Arbeitgeberverbände legten sie den Leipziger Goldschmiedekollegen einen Vertrag vor, der die Löhne, entgegen dem Schiedsspruch, um 1 Mk. für die Stunde herabsetzt, die Heimarbeit verbietet und die tariflichen Bestimmungen aufhebt.

Wer diesen Vertrag unterschreibt und damit auf den Schiedsspruch verzichtet, kann bei den Mitgliedern der Goldschmiedeinnung weiter und voll beschäftigt werden. Für ihn ist genügend Arbeit vorhanden. Für diejenigen aber, die auf den Schiedsspruch pochen, wird die Arbeitszeit verkürzt, und nach Ablauf der 14tägigen Kündigungsfrist werden sie einfach auf die Straße geworfen. Der Grund ist angeblich Arbeitsmangel. Fest steht aber, daß ein ganzes Teil Arbeit von Leipzig aus von diesen Betrieben nach auswärts vergeben wird, nur zu dem Zweck, um den Leipziger Goldschmiedegehilfen die Löhne des Schiedsspruchs nicht zahlen zu müssen. **Die Gold- und Silberschmiede ganz Deutschlands werden deshalb aufgefordert, Leipzig zu meiden** und unter keinen Umständen in Leipzig Arbeit anzunehmen, oder für Leipziger Firmen Aufträge auszuführen. Nur auf diese Weise ist es möglich, daß die Leipziger Kollegen als Goldschmiede Löhne erhalten, die einigermaßen den Kosten der Lebenshaltung nahekommen.

Die Ortsverwaltung Leipzig
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Landarbeiterstreik in der Kreishauptmannschaft Dresden.

Dresden, 3. August. Die Mitglieder des Landarbeiterverbandes in der Kreishauptmannschaft Dresden sind gestern in den Ausstand getreten. Auch in der Amtshauptmannschaft Meißen streiken die Landarbeiter. Auf Veranlassung der Arbeitgeber haben gestern bereits im Wirtschaftsministerium unter Vorsitz des Ministers Schwarz Verhandlungen begonnen. Das Ergebnis war, daß die Arbeiter von ihren Organisationen aufgefordert wurden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Am Mittwoch soll eine neue Sitzung zwischen den beiden Parteien unter dem Vorsitz des Regierungsrates Schettler stattfinden, die die Streitigkeiten zur Entscheidung bringen soll.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Stralsund.

Swinemünde, 3. August. Seit heute vormittag ist ganz Vorpommern mit den zahlreichen Ostseebädern ohne elektrisches Licht und ohne Kraft, weil sämtliche Arbeiter und Beamte der Ueberlandzentrale Stralsund wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik getreten sind. Der Streik hat auch auf die Betriebswerke Swinemünde übergegriffen, desgleichen auf das Wasserwerk. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Alle bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Der Transportarbeiterstreik in Königsberg dauert fort.

Königsberg, 3. August. Der unvermindert andauernde Transportarbeiterstreik hat das Meßamt der Stadt Königsberg dazu veranlaßt, die für den 15. August angekündigte Deutsche Ostmesse zu verlegen und vom 26. September bis 1. Oktober abzuhalten. Sämtliche Vorbereitungen waren bis ins kleinste getroffen; allein die Unmöglichkeit, die Ausstellungsbesucher reibungslos und pünktlich nach dem Meßgelände überzuführen, war bestimmend für die Hinausschiebung des Termins.

Arbeitseinstellung der Transportarbeiter in Kiel.

Kiel, 31. Juli. Aus Anlaß des vom Bunde der Arbeitgeber zum 1. August beabsichtigten Lohnabbaues haben Handels- und Transportarbeiter die Arbeit heute vormittag eingestellt. Freigegeben wurde die Tätigkeit in der Leichenbestattung und Milchversorgung sowie in zwei großen Brotfabriken, die sich dem Vorgehen der Arbeitgeber nicht angeschlossen haben.

Preis-Ausschreiben.

Wir haben eine neue Lederpaste in den Handel gebracht, über welche einer der ersten Ledersachverständigen Deutschlands, Herr Professor Dr. Paehler, Vorstand der Deutschen Versuchsanstalt für Lederindustrie in Freiberg in Sachsen u. a. in seinem Gutachten sagt:

„Nach den vorgenommenen Prüfungen enthält das Lederputzmittel Eri keine dem Leder schädlichen Bestandteile. Es ist in sachgemäßer Weise aus besten Rohstoffen hergestellt, sehr sparsam im Gebrauch und hat die wertvolle Eigenschaft, dem Schuhzeug einen tiefschwarzen, haltbaren Hochglanz zu erteilen und das Leder wasserdicht zu machen. Das mit Eri behandelte Schuhzeug nimmt das Wasser nicht an, sodaß das darauf gespritzte Wasser ohne weiteres wieder abfließt."

Um die

Lederpaste Eri

dem Verbraucher bekannt zu machen, suchen wir einen dem Gedächtnis sich leicht einprägenden Reklame-Ausdruck, der die Vorzüge unserer Lederpaste Eri zusammenfassend zum Ausdruck bringt, wie z. B.: „Eri ist das Lebenselixir des Schuhes!"

Jedermann kann sich kostenlos an dem Preisausschreiben beteiligen.

Als Preise dafür sind ausgesetzt: I. Preis Mk. 3000.— II. Preis Mk. 2000.— III. Preis Mk. 1000.— 20 Preise à Mk. 50.— = Mk. 1000.—

Alles Nähere über das Preisausschreiben ist aus dem Prospekt, welcher in jedem besseren Schuhgeschäft kostenlos zu haben ist, zu ersehen, wo nicht erhältlich, wolle man den Prospekt von uns verlangen.

Göppingen (Württemberg) Eri-Gesellschaft.

In besseren Schuhgeschäften guteingeführte Vertreter noch für versch. Bezirke gesucht.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Berg's Radikalmittel „Nicodaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwend., altbew. Doppelpack 5.00 Mk. Verkauf bei Drog. Alb. Zander, Klostergasse 11. Drog. E. Zschiescho, Dufourstrasse 13. Bitte ausdrücklich nur Nicodaal zu verlangen. *

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof. Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendschriften. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern. *

Zigaretten
Beimar Riesenformat 390.00
Bouby „ 310.00
Die echte Bull Dog 310.00
The London Style in Stanniol 420.00
liefert prompt M. Glaser, Leipzig 3, Katharinenstraße 17. *

Metallarbeiter! Mein, am 10. August beginnender Kursus in Touren-, Wechselräd.-Berechnungen f. Gewindeschneiden u. Akkordpreisbestimmung, biet. all. im Maschinenbau beschl. Handw. gründl. Ausbildung. Dauer desj. 24 Stdn. à 1.50 M. Anm. L.-Kalch., Schönauerweg 2, I. l.

Nutz- und Feuerholz (Eiche) verkauft von 5 Ztr. aufwärts und fuhrenweise Donnerstag, den 5. August, 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. Christoph, Klingenstraße 33.

Kakaohaus Norden Eutritzscher Straße 6 offeriert wie immer billigst Schokolad. 100 gr. M 5.20-6.50, 50 „ „ 3.00-3.40, Mokka, Nuß, Vanille, Fondant. Kakao das ¼ Pfd. M 4.75. *

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Mittwoch, 4. August 1920

Staatsanwalt Moldenhauer.

Von Rudolf Franz.

Ich habe immer einen gewissen Respekt vor Staatsanwalt Moldenhauer gehabt. Wenn seine mächtige rote Nase und die Backe mit dem riesigen Schmiß im „Hessischen Hof" auftauchten, und wenn er zu Ernst sagte: „Ein Rundstück warm und ein Marienthaler!" — so lag darin eine Selbstverständlichkeit und eine Logik, die keinen Widerspruch duldeten. Assessor Wittbrände, der jetzt längst Amtsrichter irgendwo im Osten ist, war da ganz anders. Schon daß er zu lange Beine hatte, gab ihm etwas Unbestimmtes, Würdeloses, trotz seiner märchenhaften Körperlänge. Er sprach im Lokal außerdem so leise, daß er seine Bestellung oft zwei- oder dreimal wiederholen mußte. Denn Ernst war schon alt, sah wenig und hörte fast gar nichts, so daß neue und unerhörte Bestellungen, die über Rundstück warm, St. Julien oder Marienthaler hinausgingen, in der Regel bei ihm versagten. Die Gäste wußten das und richteten sich rücksichtsvoll danach, indem sie seltenere Speisen und Getränke selber im Vorbeigehen am Büfett bestellten, wenn sie mal wohin mußten. Auch Staatsanwalt Moldenhauer übte diese Rücksicht. Aber er tat es in einer unerbittlich logischen und streng sachlichen Weise, die nichts von Rücksichtnahme spüren ließ, obwohl er in später Abendstunde mit dem Büfettfräulein ohne Spur von Pedanterie zu plaudern wußte.

Aber nicht im „Hessischen Hof" war es, wo ich Staatsanwalt Moldenhauers eiserne Logik und unerschütterliche Ruhe zuerst und am meisten bewundern lernte. Das war vielmehr am Schauplatz seiner eigentlichen Tätigkeit, im Gerichtssaal.

In jenem Jahre hatten sich im Warenhause der Stadt die Diebstähle erschreckend gehäuft. Schließlich richtete Herr Neumaier eine scharfe Kontrolle ein; hinter dicken Portieren lauerten schlanke Herren im Gehrock, bereit, auf die Täter loszustürzen; und das Resultat war denn auch, daß am dritten Tage sogleich zwei Diebinnen gefaßt wurden. Die eine war die Frau eines Weichenstellers, die in der Lebensmittelabteilung erwischt wurde, als sie zwei Stücke Camembertkäse in ihre Markttasche schob. Der Käse stand zwar am äußersten Ende des Raumes in einer finsteren Ecke, aber wer da geglaubt hatte, hier ungestört arbeiten zu dürfen, hatte eben die Portiere vergessen, die da hinten zur Toilette führte. Die andre Verbrecherin hatte sich anfänglich für eine Rentnersfrau Gleiser, geborene Ahlemann, ausgegeben. Das war ihr Verhängnis. Hätte sie gleich gesagt, sie sei die Baronin Holzapfel, so würde Herr Neumaier sie zweifellos mit einer Verbeugung aus dem Kontor geleitet und ihrem Gatten die Rechnung über die mitgenommenen Spitzen ganz ergebenst zugesandt haben. Aber der Betrugsversuch hatte seinen Zorn erweckt. Er prallte zwar ein wenig zurück, als die von ihm in Gegenwart des Kommissars schärfer befragte angebliche Rentnersfrau sich als Baronin entpuppte, aber er beschloß doch, gegen alle beide Diebinnen vorzugehen.

So kam es, daß Staatsanwalt Moldenhauer Anklage erheben mußte gegen die Ehefrau Emilie des Weichenstellers Dautzenrot geborene Eigner, und gegen die Ehefrau Martha des Majors a. D. Baron v. Holzapfel, geborene Freiin v. Trempler. Staatsanwalt Moldenhauer war durch alle Fragen seiner Bekannten zu keiner Auskunft über den Gang der Sache zu bewegen, die begreiflicherweise in der ganzen Stadt großes Aufsehen erregte und im „Hessischen Hof" acht Tage lang das Hauptthema bildete. Herr Neumaier hatte zwar privatim nichts verlauten lassen, und die meisten Blätter wollten die Sache glatt unterdrücken, wozu es des „höflichen Ersuchens" von Rechtsanwalt Kölz, dem Vertreter des Majors, gar nicht bedurft hätte. Aber da war ein Klatschblatt, das sich mit Begeisterung auf die Sache stürzte und, trotzdem es die beteiligten Personen — außer der Weichenstellersfrau — nur mit den Anfangsbuchstaben nannte, doch so deutlich wurde, daß jedermann Bescheid wußte. Obendrein hatte auch das sozialdemokratische Organ die sämtlichen Personen mit vollem Namen, Titel usw. an die Oeffentlichkeit gezerrt. Beigefügt waren ein paar Hiebe gegen das Junkertum, eine spöttische Frage an die Staatsanwaltschaft und ein statistischer Artikel über die jämmerlichen Besoldungsverhältnisse der Eisenbahnunterbeamten. Als Staatsanwalt Moldenhauer am Stammtisch die Nummer hingehalten bekam, sah er flüchtig hinein, machte eine abwehrende Handbewegung und rief: „Ernst, noch ein Marienthaler!" Dann sprach er von den Stadtverordnetenwahlen, die nächster Tage stattfinden sollten.

Jene Verhandlungen waren auf denselben Tag angesetzt worden. Ob zufällig oder mit Absicht, war schwer zu sagen; jedenfalls vermutete man dahinter die Bosheit einer maßgebenden Persönlichkeit, mit der die Holzapfels sich seit jeher nicht zu stellen gewußt hatten.

Die Beweisaufnahme gestaltete sich in beiden Fällen sehr einfach. Die Angeklagten waren geständig. Angesichts der Tatsache, daß Herr Neumaier sie in flagranti ertappt hatte, blieb ihnen ja auch gar nichts anderes übrig. Soweit lag die Sache ganz normal und befriedigend. Aber die Richter blickten ernst und sorgenvoll drein, mit der Miene unbestechlicher Objektivität. Mochte der Verteidiger der Baronin, Rechtsanwalt Kölz, die tollsten Sprünge machen, er sollte sie nicht beirren in ihrer Auffassung der Sachlage. Medizinalrat Hacks Gutachten erwarteten sie mit Spannung. Er war seit vielen Jahren Hausarzt bei Holzapfels, übrigens aber als streng rechtlich denkender Mann der Wissenschaft bekannt. Am meisten war man auf das Plaidoyer von Staatsanwalt Moldenhauer neugierig. Einerseits mußte von seiner Auffassung viel abhängen, da man sich unmöglich in einen schroffen Widerspruch zu seinem Antrag stellen konnte. Gleichzeitig aber waren die Richter gespannt, wie sich dieser Kollege aus der schwierigen Situation ziehen würde.

Aber woher weiß ich diese Gedanken und Empfindungen der Richter? Bin ich berechtigt oder auch nur befähigt, aus ihren Mienen ihre Seelen zu lesen? Mit nichten. Also bei den Tatsachen geblieben, wie es sich für einen primitiven Historiker gehört, für einen simplen Berichterstatter. Und keinerlei Ausschweifungen mehr in das Gebiet des Unausgesprochenen.

Staatsanwalt Moldenhauer hätte übrigens auch dem schärfsten Psychologenauge nicht mit einer Miene verraten, was in ihm vorging. Er thronte unberührt, olympisch, unerreichbar, den Kopf über die Akten gebeugt, die Füße unter den Stuhl zurückgestemmt, als wolle er jeden Augenblick aufschießen: der Paragraph als lebendes Bild.

Aber ich weiche wieder von der nüchternen Historie ab und dichte Dinge in die Leute hinein, die man nie werde beweisen können.

Die Weichenstellersgattin war erledigt. Sie hatte sich darauf hinausgeredet gesucht, daß sie in der Not gestohlen habe. Aber es wurde durch einen Zeugen — Heizer Stubinitzki, der sich freiwillig gemeldet hatte — klar erwiesen, daß Frau Dautzenrot, geborene Eigner, mehrere Laibe Brot am selben Vormittag eingekauft hatte. Konnte da von Not die Rede sein? Die Sache stand sehr schlecht.

Staatsanwalt Moldenhauer ging denn auch heftig ins Zeug. Er habe sich anfangs eines gewissen allgemein menschlichen Mitgefühls nicht erwehren können. Die Lage der Eisenbahnunterbeamten sei zwar nicht im entferntesten so trostlos, wie sie von gewisser Seite — aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen — geschildert werde, aber es müsse anerkannt werden, daß unter besonderen Verhältnissen, wie Krankheit, großer Kinderzahl und dergleichen, eine gewisse Notlage vorübergehend vielleicht eintreten könne. Wie gesagt, dieser Gedanke habe ihn, den Vertreter der Anklage, anfangs milde gestimmt. Aber er habe sich gesagt, Krankheit liege ja nicht vor, die Kinderzahl — im ganzen seien es fünf Kinder, also nicht ungewöhnlich viel — könne gleichfalls wohl kaum als wesentlicher Milderungsgrund angesehen werden ... Wie dürfe also da von Not die Rede sein, bei einem Beamten mit festem Brot? Unter solchen Verhältnissen qualifiziere sich bereits die Aneignung — er wolle einmal sagen: eines Laibes Brot als glatter Diebstahl ohne mildernde Umstände. Nun aber: habe die Angeklagte etwa einen Laib Brot gestohlen? Habe sie sich etwa mit des Leibes Nahrung und Notdurft begnügt? O nein! Sie stahl Käse! Vielleicht Quarkkäse? Oder wenigstens Limburger? Nein, sondern besten Camembertkäse habe sie mitgehen heißen, von einer Qualität, wie die Herren Richter — so glaube er, der Staatsanwalt — sie auch nicht besser begehren würden.

Nun könne die Angeklagte vielleicht einwenden, sie habe eben nichts Billigeres erwischen können. Ein schöner Grund! Als wenn ein Taschendieb sagte, er habe sich mit einem Hundertmarkschein begnügen müssen, da er leider keine Groschen in der Tasche gefunden habe. Nein, mit solchen Gründen dürfe man einem ernsthaften Gerichtshof nicht kommen! Derlei Flausen vermöchten vielleicht in Ländern romanischer Zunge etwas, wo man nicht durch die klare und strenge Schule Kants gegangen sei, der den kategorischen Imperativ für alle Zeiten stabiliert habe, aber hier dringe man damit nicht durch. Kurz — man möge die Abschweifung auf das Gebiet der Ethik verzeihen, aber für ihn sei es klar, daß hier ein Luxusdiebstahl vorliege, der mit Not und Armut nichts, aber auch rein gar nichts zu tun habe und deshalb um so verwerflicher sei. Wie gesagt, auch wenn es sich um die Notdurft des Lebens, etwa um einen Laib Brot gehandelt hätte, würde im vorliegenden Falle doch nicht von einer entschuldbaren Verirrung die Rede sein können. Wieviel weniger also bei dem Diebstahl einer Sache, die die Angeklagte noch viel weniger nötig gehabt habe. Er, der Staatsanwalt, bitte die Herren Richter ausdrücklich, dies zu beachten, daß die Dautzenrot den Camembert absolut nicht nötig gehabt habe. Denn daraus ergebe sich zwingend der Tatbestand des Diebstahls ohne mildernde Umstände. Bei der Strafausmessung sei noch zu berücksichtigen, daß die Warenhausdiebstähle einen erschreckenden Umfang angenommen hätten. Es empfehle sich, ein abschreckendes Exempel zu statuieren. Er beantrage einen Monat Gefängnis.

... Staatsanwalt Moldenhauer war fertig. Die Richter zogen sich zurück. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis. In Rücksicht gezogen sei einerseits die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten, anderseits aber die Beschaffenheit der näheren Umstände, nach denen sich der Diebstahl als ein ganz leichtfertiges Sichvergreifen an fremdem Eigentum darstelle, das der Inhaber des Warenhauses im Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Publikums zu dessen Bequemlichkeit auslege. (Schluß folgt.)

Die Sowjetmacht und die Denkmäler des Altertums.

Von A. Lunatscharski.

Unter den mannigfachen Verleumdungen, die über die Sowjetmacht verbreitet werden, empörte mich besonders das Gerücht der amerikanischen Zeitungsartikel, in denen wir des Vandalismus gegen Museen, Paläste, Landsitze von Großgrundbesitzern, Kirchen, die hervorragende Denkmäler des Altertums darstellen und oftmals auch einzigartige Kunstwerke sind, beschuldigt werden.

Wir können diese Anklage mit Stolz und Entschiedenheit zurückweisen und dürfen behaupten, daß wir in der Frage des Schutzes solcher Denkmäler Wunder vollbracht haben. Selbstverständlich will ich damit nicht behaupten, daß während der russischen Revolution nicht einzelne künstlerische Werte zugrunde gegangen sind. Wir wissen von einigen niedergebrannten Herrensitzen, zerstörten Bibliotheken, zerstörten Sammlungen und dergleichen mehr, aber man wird doch begreifen, daß eine so gewaltige Erschütterung wie die Revolution nicht ohne einzelne Exzesse verlaufen konnte, und wir müssen die Herren Imperialisten darauf aufmerksam machen, daß während des Krieges in den von den „allerzivilisiertesten" bürgerlichen Armeen okkupierten Gebieten Zerstörung von menschlichem Eigentum in unvergleichlich viel höherem Maße stattgefunden hat.

In Rußland war diese Erscheinung vorübergehend und währte nur so lange, bis die Regierung die Zügel in ihre Hand nahm. Gegenwärtig finden wir nicht nur in Petrograd und seiner Umgebung, wo ungeheure Schätze dieser Art aufgehäuft sind, nicht nur in Moskau und den in der Umgebung von Moskau liegenden Schlössern, die ebenfalls einzig in ihrer Art sind, sondern auch in der Provinz, oft sogar in den abgelegensten Winkeln, Vertreter der Abteilung für Schutz der Denkmäler des Altertums und der Kunstwerke; diese Vertreter hüten sorgfältig unter Mitwirkung von gebildeten Bauern und Arbeitern das künstlerisch-wertvolle Volkseigentum.

Amerikanische Zeitungen haben es gewagt, von Plünderungen und Unordnungen in den kaiserlichen Palästen zu sprechen! Ich wäre sehr glücklich, einigen Ausländern zeigen zu können, was in diesen Palästen gegenwärtig geschieht. — Ja, wir haben eine schwere Zeit durchgemacht, als alle Art bewaffnete Abteilungen, mitunter auch Banden — unsere sowohl wie fremde — Gatschina und Zarskoje Selo unsicher machten, als es in Petrograd gar keine Ueberwachungsorgane gab. Unter diesen Verhältnissen mußte es als ein fast hoffnungsloses Unterfangen erscheinen, die allein schon ihrem materiellen Werte nach unermeßlichen Schätze der Paläste und Museen schützen zu wollen. Dazu kam noch, daß in vielen Palästen, besonders im Winterpalais, die Keller von Wein, Schnaps und Kognak gepfropft voll waren. Wir mußten all diese Vorräte schonungslos vernichten, da sonst die Trunkenheitsexzesse sich auf die Eremitage und die Säle des Winterpalais ausdehnen und unerhörtes Unheil anrichten konnten. Im Alkohol liegt eine furchtbare Versuchung, und ich erinnere mich jenes braven Soldaten des Pawlowschen Regiments, der gleich andern Schildwachen sich nicht hatte enthalten können, vom Wein zu kosten, von dem er Hunderttausende von Flaschen bewachte; nachher sagte er mir, sich entschuldigend: „Stellen Sie mich neben eine offene Kiste mit Gold und ich werde es nicht berühren, aber neben dem Wein zu stehen, ist unmöglich." Und dennoch haben wir es zuwege gebracht, durch Vernichtung dieses Weines, unter Anwendung der härtesten Maßnahmen mit Ehren das damals drohende Unglück abzuwenden.

Wenn Sie heute das Winterpalais oder das Schloß in Gatschina betreten und dort einige Spuren der Zerstörung bemerken sollen, seien Sie überzeugt, das sind noch nicht verwischte Spuren der Zeit, als Kerenski und seine Junker und Kosaken dort hausten.

Uebrigens werden Sie solche Spuren heute fast gar nicht mehr finden; — wir haben sie verwischt.

Was die Museen betrifft, so befinden sie sich in musterhafter Ordnung, unter der Verwaltung der besten Museumsleiter. Die Museen sind sehr bereichert worden, da ihnen die verschiedensten künstlerischen und historisch-wichtigen Werke aus Privatpalästen und Landsitzen übergeben wurden.

Während die besten Bilder der alten Eremitage auf Veranlassung Kerenskis nach Moskau übergeführt worden sind und dort, in Kisten verpackt, des Tages harren, an dem wir in Petrograd absolut sicher sein können, füllen sich die Säle der Eremitage von neuem mit wundervollen Kunstwerken, die teils gekauft, teils aus privaten Schatzkammern, die bisher dem Publikum unzugänglich waren, hierher übergeführt worden sind. Welche Wunderwerke sind entdeckt und gegenwärtig in den Palästen Jussopow, Stroganow u. a. den Volksmassen und der Schuljugend zur Schau gestellt worden.

Die Paläste selbst werden von uns verschiedenen Zwecken dienstbar gemacht. Nur einige wenige unter ihnen in der Art des kunsthistorisch wenig interessanten Anitschkowpalais und des Marienpalais sind den Behörden zur Benutzung dienstbar gemacht. Das Winterpalais aber ist in einen Kunstpalast verwandelt worden. In seinen prunkvollen Riesensälen, die von Rastrelli und seinen Schülern gebaut worden sind, werden Sie stets eine Volksmenge finden, die vorzügliche Musik in der Ausführung der Staatskapelle oder des Staatsorchesters anhört, oder auserlesenen kinematographischen Vorstellungen oder über speziellen dramatischen Vorführungen beiwohnt.

In Moskau wird von zahlreichen Exkursionen der Kreml besucht, der, abgesehen von einigen Gebäuden, die von Regierungsinstitutionen besetzt sind, in ein riesiges lehrreiches Museum verwandelt worden ist, die Kirchen auch mit eingeschlossen.

Die um Moskau herum gelegenen Herrensitze werden von uns gehütet. In den Fällen, wo sie nicht durch ihr Ensemble etwas einheitlich Ganzes darstellen, wird aus ihnen und ebenso aus den Klöstern alles, was vom künstlerischen oder historischen Standpunkt ausreichend wertvoll erscheint, weggetragen und in spezielle Museen, durch die Moskau bereichert worden ist, übergeführt. Die Paläste jedoch, die durch ihren Stil wertvoll sind, wie Archangelskoje und Ostankino, sind sogar in unserer schweren Zeit Stätten, zu denen alle die pilgern, die sich an den einheitlichen Denkmälern der für unsern Adel „ruhmvollen" Zeit erfreuen wollen, der Zeit, als er, ganze Generationen seiner Sklaven aussaugend und zugrunde richtend, wenigstens elegant zu leben verstand und wußte, was er in Europa kaufen sollte, wohin dann im Austausch gegen die „Einrichtung" ganze Ströme russischen Arbeiterschweißes flossen.

In einem Lande, das eine Revolutionskrise durchmacht, in dem die Massen naturgemäß von Haß gegen die Zaren und Herren erfüllt sind, und unwillkürlich diesen Haß auf deren Wohnungen und Hauseinrichtungen übertragen, ohne dabei imstande zu sein, den künstlerischen und historischen Wert abzuschätzen, da dieselben Herren, dieselben Zaren sie in Unbildung dahinleben ließen, — in solch einem Lande hatten wir es natürlich nicht leicht, unser Werk zu vollbringen. Mußte doch nicht nur die Zerstörungswoge aufgehalten, die Kulturwerte bewahrt werden, sondern wir mußten darangehen, diese neu zu beleben, aus Museumsmumien lebendige Schönheiten zu erwecken, durch die der unbewußt nach Schönheit dürstende Arbeiter erquickt würde. Wir hatten aus verschlossenen Schlössern und Herrensitzen, wo die an alles gewöhnten und nichts mehr bemerkenden degenerierten Abkömmlinge einst berühmter Geschlechter dahinvegetierten, öffentliche Institutionen zu machen, die, mit Liebe gehütet, zahlreichen Besuchern Stunden der Freude bereiten sollen. Das war in der Tat ein schwieriges Werk.

Das Kommissariat für Volksbildung und seine Abteilung für Schutz der historischen und künstlerischen Denkmäler kann jederzeit vor der zivilisierten Menschheit Rechenschaft ablegen über seine Arbeiten in dieser Richtung und darf es mit Zuversicht aussprechen, daß nicht nur das internationale Proletariat, der beste Teil dieser zivilisierten Menschheit, sondern jeder ehrliche Mensch dieser ungeheuren Leistung den Zoll der Hochachtung nicht versagen kann. Nicht nur auf einzelne Fälle von Zerstörung muß man Gewicht legen, — sie konnten in jedem beliebigen, sogar dem aufgeklärtesten Lande stattfinden, sondern darauf, daß in einem Lande, welches durch verbrecherische Politik im Stadium der Barbarei zurückgehalten worden war, diese Zerstörung keine großen Dimensionen angenommen hat, sondern durch die Kraft der Arbeiter- und Bauernregierung in einen stark organisierten Schutz des Volkseigentums verwandelt worden ist.

Kleine Chronik.

Drei Linden (Ballett Blanvalet). Die „realistische Darstellung" des Venusberg-Balletts besteht darin, daß so gut wie nackt getanzt wird. Der Begriff realistisch erschöpft sich ja für viele Leute in dem ... sagen wir: in dem Gegenteil von Prüderie. Aber erstens müßte man, wenn man den Realismus so versteht, auch das bißchen Feigenblatt-Ersatz noch fallen lassen und obendrein, nach Wagners Ideen, noch ganz andre Dinge treiben — und zweitens kommt es ja bei Wagner auf derlei gar nicht an. Für Wagners Vorspiel zum Tannhäuser braucht man lediglich Andeutungen, die freilich so geschickt und so geschmackvoll sein müssen, daß sie gerade hinreichen, um der Haupthandlung, der Flucht Tannhäusers, in der Phantasie des Zuschauers den üppigsten Hintergrund zu geben. Die Truppe des Herrn Blanvalet nimmt Wagner zum Vorwand von Nacktänzen. Hätte man doch lieber den ersten Teil des Programms etwas nackter getanzt, statt in der verzweifelten Extravaganz dieser Kostüme. Abgesehen von dem ortsfremden Temperament fiel bei den Tanzenden nichts besonders Erfreuliches auf. Auch habe ich schönere Beine gesehen. Verwegene Musiker verübten an Wagners Klängen schnöde Gewalttat. R. F.

Kunsthandlung P. H. Beyer u. Sohn, Dittrichring 22. Die August-September-Ausstellung bringt Gemälde, Plastik, Zeichnungen, Aquarelle und Graphik von Max Klinger, seltene Graphik und Zeichnungen von Otto Greiner und Gemälde von August Herzog-München.

Knut Hamsun, der große norwegische Erzähler, wird heute 60 Jahre alt. Bauernsohn, Schusterlehrling, Lastträger, Lehrer, Gerichtsbote, Steinhauer, Wald- und Straßenarbeiter war er in der Heimat; in Amerika Farmarbeiter, Straßenbahnschaffner, Schlafwagenbegleiter, Vortragsredner; und dann, drei Jahre lang, Fischer in Neufundland, einsam mit acht Genossen. Hierauf kehrte er heim und begann sein literarisches Werk. Seltsam bei alledem, daß soziale Probleme oder wenigstens soziale Großstadtprobleme in seinem Schaffen keinen Raum gefunden haben. Die Industrie spielte freilich in seiner Heimat keine Rolle. Draußenarbeiter sieht er, Draußenarbeiter ist er, und Draußenarbeiter schildert er. Die engste Gemeinschaft mit der Natur ist ihm Bedürfnis. Ein später Romantiker, mit der Gesundheit des Bauern, aber doch voll seelischer Kompliziertheit, dabei von selbständigster Eigenart und von einem bald stillen, bald grotesken Humor, der — wie manche seiner andern Eigenschaften — in Deutschland oft literarische Nachahmung gefunden hat. Die Originalität der Psychologie und die Kraft der Naturbegeisterung machen aus Werken wie Hunger, Mysterien, Pan, Viktoria usw., bis hin zum Segen der Erde, der ganz reaktionär die Rückkehr zum Bauerntum predigt, lauter Dokumente eines einsamen, starken, erhabenseltsamen Geistes. Man fühlt sich ihm fremd und verwandt; und man weiß nicht, zieht einen mehr die Fremdheit oder die Verwandtheit zu ihm hin. R. F.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichstag.

17. Sitzung. Dienstag, den 3. August, 10 Uhr vorm.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Anfragen.

Abg. **Kunert** (U. Soz.) weist darauf hin, daß eine Eingabe des Geheimen Kriegsrats Uhlenbrock zur Berücksichtigung überwiesen wurde, daß aber nichts darauf erfolgt sei.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß aus rechtlichen Gründen der Eingabe nicht Folge geleistet werden könnte.

Abg. **Brandes** (Soz.) fragt an, ob Montagezulagen steuerpflichtig sind.

Es wird entgegnet, daß nur der Beitrag, der den erforderlichen Aufwand überschreitet, steuerpflichtig ist. Dem Steuerabzug sind sie nicht unterworfen.

Abg. **Kunert** (U. Soz.) weist darauf hin, daß die Berliner Einwohnerwehr sich umgetauft hat unter der Bezeichnung „Berliner Selbstschutz", und daß sie reaktionäre Zwecke verfolgt.

Minister des Innern **Koch:** Die Einwohnerwehr Berlin ist seit dem 10. April aufgelöst worden. Ihre gesamten Waffendepots sind der Sicherheitswehr übergeben. Die Bildung des Selbstschutzes wird vom Polizeipräsidium aufmerksam verfolgt. Die Bestrebungen und Satzungen dieser Organisation unterliegen zur Zeit eingehender Prüfung. Eine Anerkennung ist nicht erfolgt. Erst nach der Annahme des Entwaffnungsgesetzes wird die Einziehung der Waffen durch das Reich möglich sein. Es ist selbstverständlich, daß die Waffen eingezogen werden.

Abg. **Koch** (U. Soz.) weist darauf hin, daß einzelne Sportvereine wie der Klub „Olympia" reaktionäre Organisationen seien, die auch über Waffenlager verfügen.

Minister **Koch:** Auch hier kann erst nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes eingeschritten werden.

Die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage gegen den Abg. Crispien (U. Soz.) wegen Beleidigung wird nicht erteilt.

Die Geschäftslage.

Präsident **Loebe** teilt darauf mit, daß nach der zweiten Lesung der Entwaffnungsvorlage eine zweistündige Pause eintreten soll. Wahrscheinlich werde der Reichstag noch bis Donnerstag tagen müssen. (Unruhe und Widerspruch.)

Der Gesetzentwurf zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über gemischte Schiedsgerichtshöfe und die Vollstreckung ausländischer Urteile, wird in allen drei Lesungen ohne Erörterung angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, der die pfändungsfreien Lohnsummen verdoppelt.

Das Gesetz soll mit dem 1. Oktober 1920 in Kraft treten.

Abg. **Kaiser** (Soz.) beantragt eine weitere Erhöhung der pfändungsfreien Lohnsumme auf 7500 Mk. für Verheiratete und 6000 Mk. für Ledige.

Staatssekretär **Joel:** Die Regierung kann über die Verdoppelung der Pfändungsgrenze nicht hinausgehen. Eine organische Neuordnung des Zwangsvollstreckungswesens wird ohnehin eintreten müssen, um den bekannten Schieberverträgen ein Ende zu machen.

Im Hammelsprung wird der sozialdemokratische Antrag mit 161 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Die Regierungsvorlage wird darauf in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Ohne Beratung in allen drei Lesungen angenommen wird das Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum und über die Beitragsleistung bei der Neckar-Main- und Donaukanalisierung.

Zweite Lesung des Entwaffungsgesetzes.

Der Ausschuß hat die Bestimmung eingefügt, daß für die Ablieferung rechtmäßig erworbener Waffen Entschädigung zu leisten ist. Die Reichswehr soll vom Entwaffnungskommissar zur Hilfeleistung nur dann herangezogen werden, wenn die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenablieferung nicht ausreichen. Die Verwendung der Reichswehr bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. — Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündigung in Kraft und mit dem 1. März 1921 außer Kraft treten.

Abg. **Lübbring** (Soz.): Regierung und Reichstag stehen bei diesem Gesetz unter dem Diktat der Entente. Es ist im Interesse des Landes, wenn das Gesetz bald erledigt wird. Wir wollen daran praktisch mitarbeiten, müßten aber die Gewähr haben, daß das Gesetz unter keinen Umständen zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse wird. (Sehr richtig! links.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß es deswegen zu keinem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter führen kann, weil die Arbeiterklasse wenig oder keine Waffen hat, wie ich von Ostpreußen aus eigner Erfahrung beweisen kann. Aber Tatsache ist, **daß die Gegenrevolutionäre bis an die Zähne bewaffnet sind.** Alle die Märchen von sich bildenden roten Armeen haben ihren Endzweck darin, die Aufmerksamkeit von sich auf andre zu lenken. (Sehr richtig!) Die verfassungsuntreuen Elemente lauern nur auf die Gelegenheit, von Ostpreußen aus den

Kreuzzug gegen die Republik

beginnen zu können. (Widerspruch und Zurufe rechts.) Wenn die Märztage in Ostpreußen so ruhig verlaufen sind, so ist es deshalb, weil die Arbeiterschaft nicht im Besitz von Waffen war. (Widerspruch.) Auch im andern Teil Deutschlands ist dies der Fall und der Widerstand der Rechten gegen das Entwaffnungsgesetz ist darum durchaus verständlich. (Sehr richtig!) Wenn das Gesetz seinen Zweck erreichen soll, dann ist es dringende Notwendigkeit, **auch die Einwohnerwehren zu entwaffnen, gleichgültig unter welcher Maske sie auftritt.** Nur unter dieser Voraussetzung können wir dem Gesetz zustimmen. (Sehr richtig!) Nur wenn diese Entwaffnung durchgeführt wird, wird die Arbeiterschaft mit diesem Gesetz einverstanden sein. In unserm Antrag haben wir ausdrücklich betont, daß **nur die Reichswehr und die Berufspolizei im Besitz von Waffen sein darf. Die Fassung der Koalitionsparteien überläßt es dem Entwaffnungskommissar, auch die Einwohnerwehr im Besitz von Waffen zu belassen.** Das darf, wie schon hervorgehoben, unter keinen Umständen der Fall sein. Die Regierung muß auch endlich energisch auftreten gegen die **eigenmächtigen Handlungen der Wehrkreiskommandos,** damit es nicht vorkommt, daß z. B. die **Reichswehrbrigade Dessel die Kriegervereine mit Gewehren alten Modells versieht.** (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. Soz.): Das Gesetz bedeutet nur **die Entwaffnung der Arbeiterschaft** und der Friedensvertrag ist dafür nur ein Vorwand. Das Abkommen von Spa verpflichtet die Regierung lediglich zu einer Bekanntmachung, die die Waffenablieferung verlangt, nicht aber zu einem solchen Gesetz. Die angeblichen Waffenlager der Arbeiter haben sich entweder als volle Lügen herausgestellt oder der Staat hat wie in Adlerhof seine eigenen Waffenlager beschlagnahmt. (Heiterkeit.) **Wer soll denn der neue Diktator sein? Etwa Lüttwitz oder der Oberpräsident von Hannover?** Der Kaiser war wenigstens noch an die Gesetze gebunden, dieser Diktator aber kann gegen die Arbeiter vorgehen, wie er will. Deshalb ist uns die Stellungnahme der Rechtssozialisten unverständlich. Jedes Telephongespräch kann der Reichskommissar belauschen. (Hört, hört! links.) **Die Reichswehr wird wieder keine Grenzen kennen, wenn sie erst einmal losgelassen ist.** Die Arbeiterschaft ist schon mit schlimmerem fertig geworden, sie wird auch die Fessel dieses Gesetzes abstreifen. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern **Koch:** Für den Zeitpunkt der Einbringung des Gesetzes ist lediglich das Verlangen der Entente maßgebend gewesen; daran kann weder ich noch der Vorredner etwas ändern. Waffen sind auf beiden Seiten vorhanden. Zittau ist ja auch nicht ohne Waffen erobert worden. Die Reichsregierung hatte bisher keine Befugnisse zum Eingreifen gegen die Waffenbesitzer, sondern nur die Länder. Die Reichsregierung ist aber der Entente dafür verantwortlich. Wir wollen die Entwaffnung nicht mit dem Ausnahmezustand durchführen und haben deshalb nur die Maßnahmen vorgeschlagen, die unbedingt notwendig sind. Wenn der sozialdemokratische Antrag angenommen wird, ist das Gesetz gerade im Gegensatz zu den Wünschen der Sozialdemokratie verschlechtert. **Es ist nicht beabsichtigt, die Zeitfreiwilligen zur Durchführung des Gesetzes heranzuziehen.** (Widerspruch bei den U. Soz.) Wir entsprechen gern dem sozialdemokratischen Wunsch, **alle Bevölkerungskreise dabei mitwirken** zu lassen, aber diese Organisation wird dann bewaffnet sein müssen. Bei einer guten Propaganda wird sich ein Eingreifen der Reichswehr vermeiden lassen.

Abg. **Hofmann**-Ludwigshafen (Ztr.): Wer den Weltfrieden erstrebt, muß zunächst für den Landfrieden sorgen. (Beifall.) Wir werden das Gesetz unverändert annehmen.

Abg. **v. Gallwitz** (Dnatl.): Gewiß sind Waffen auf beiden Seiten vorhanden, wir glauben aber, daß links mehr zu finden sind. (Widerspruch links.) Rosenfeld gibt ja direkt zu, daß seine Leute Waffen haben, wie sollten sie sonst die Fesseln abstreifen können. (Beifall rechts, Widerspruch links.) Wir glauben nicht, daß die Waffen der Roten Armee vom März aus den Händen der sogenannten Arbeiterschaft völlig verschwunden sind. (Lachen links.) Das Gesetz kommt einem dringenden Bedürfnis entgegen.

Abg. **Dr. Curtius** (D. Vp.): Unverantwortlich ist es, daß die Unabhängigen immer wieder die Brandfackel in das Volk werfen. (Große Unruhe bei den U. Soz.) Den parlamentarischen Beirat für den Reichskommissar lehnen wir unter allen Umständen ab.

Abg. **Fischer**-Köln (Dem.): Das Gesetz ist kein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter. Die Sozialdemokratie solle sich deshalb ihr Ultimatum an die Regierung noch einmal überlegen.

Abg. Frau **Zetkin** (KPD.): Das Abkommen von Spa rechtfertigt den bösartigen Charakter dieses Gesetzes nicht. Das Gesetz müßte heißen: Gesetz zur Niederhaltung des Proletariats. Der Mehrheitssozialist Lübbring ist eine politische Unschuld vom Lande, wenn er glaubt, daß die Regierung das Gesetz gleichmäßig gegen rechts und links anwenden wird. Rednerin verliest ein **Dokument des Staatskommissars für öffentliche Sicherheit an die Eisenbahnkommission, das die von Arbeitern kontrollierten Munitions- und Waffentransporte aus Spandau als ordnungsmäßig erklärt.** Dieses Dokument ist vom 23. Juli 1920, also nach dem Abkommen von Spa. So werden heute schon die Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes ausgelegt. (Sehr richtig!) Ueber alle Maßen weitgehend sind die Befugnisse des Entwaffnungskommissars, der tun kann, was er will und an kein Gesetz gebunden ist. Aber die Reaktion täuscht sich, wenn sie meint, die Arbeiterklasse durch Wegnahme von ein paar Gewehren unschädlich zu machen — die Arbeiterklasse hat noch ganz andre Mittel, sie hat die Bedeutung im Wirtschaftsleben, sie hat den Generalstreik. (Sehr richtig!) Die Gesellschaft des Kapitalismus greift aus innerer Schwäche zu diesem letzten Mittel, um sich am Ruder zu halten. Es wird ihr nichts helfen, die Idee des Kommunismus wird siegen. (Beifall.)

Abg. **Lipinski** (U. Soz.): Ueber Zittau scheint der Herr Minister recht ungenau informiert zu sein. Die Vorgänge dort sind durch die kolossale Lebensmittelteuerung zu erklären, die bedeutend höher ist als selbst in Berlin. **An dem Märchen von der Roten Armee in Leipzig ist kein Wort wahr!** (Hört, hört!) Auch ist amtlicherseits festgestellt, daß in keinem einzigen Fall die Arbeiter von den Waffen Gebrauch gemacht haben. Trotzdem wird dies öffentlich immer noch behauptet. Wer hat ein Interesse an solchen Schwindelnachrichten? Dagegen bestehen eine Menge **Geheimorganisationen der Reaktionäre,** so z. B. ein **Offiziersbund,** der in **Leipzig** und in **Düsseldorf im Parteibureau der Deutschnationalen Partei Besprechungen und Sitzungen abhält.** Hier muß die Regierung beim Entwaffnungsgesetz durchgreifen, hier findet sie ein dankbares Feld. (Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern **Dr. Koch:** Die Darstellungen des Herrn Abgeordneten Lipinski über die Vorgänge in Zittau widersprechen meinen Ausführungen nicht. Die Masse ist bewaffnet gewesen, das steht fest. Das tiefbegründete Mißtrauen zwischen rechts und links ist vollkommen unbegründet. Die Herren hängen sich nicht selbst, sondern immer dem Gegner ein Löwenfell um und fürchten sich dann davor. (Heiterkeit.) Die Regierung wird in der Entwaffnungsfrage vollkommen gerecht vorgehen.

Abg. **Sauerbrey** (U. Soz.): Die Arbeiterschaft hat keine Waffen, es können sich höchstens im Ruhrgebiet noch aus den Kapptagen her einige in den Händen der Bevölkerung befinden. Die Rechtssozialisten haben früher aufs innigste die Einwohnerwehren unterstützt. Jetzt erkennen sie endlich, daß die Einwohnerwehren vollkommen reaktionär sind. Die Durchführung der Entwaffnung muß im Verein mit den Arbeiterorganisationen erfolgen, um gerecht zu werden. (Beifall.)

Abg. **Remmele** (U. Soz.): Wohin die Propaganda der Reaktionäre geführt hat, ganz besonders ihre Jugendpropaganda, das sieht man an dem Marburger Fall. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Und dieser Mordgeist herrscht in gleicher Stärke an allen Hochschulen. (Erregte Zurufe des Abg. Koch. Widerspruch rechts. Unruhe.) Die Regierung will gar keine Entwaffnung durchführen, ihr kommt es nur darauf an, die Arbeiter niederzuhalten. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Die Regierung will der Welt die Abrüstung nur vortäuschen. (Große Unruhe.) Die Postzensur durch den Reichskommissar bedeutet zugleich eine Preßzensur. **Die Ententebesetzung setzt für die Nichtablieferung von Waffen nur zwei Jahre Gefängnis, die deutsche Regierung aber 10 Jahre Zuchthaus.** (Hört, hört! links.) **Die Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen und andern Henkerorganisationen sollen bestehen bleiben.** Das hat sich aus den Kommissionsverhandlungen ergeben. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Das internationale Proletariat wird in der Stunde der Gefahr treu an unsrer Seite stehen zum Kampf gegen den weißen Terror. Wir rufen das französische Proletariat auf (die letzten Worte des Redners gehen in lauten ironischen Hochrufen unter).

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Die §§ 1 bis 6 werden nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. Eingefügt wird die Bestimmung, daß der Reichskommissar festsetzt, welche militärischen und polizeilichen Organisationen von der Ablieferungspflicht ausgenommen sind.

Der sozialdemokratische Antrag, daß nur Militär und Polizei Waffen besitzen dürfen, wird gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt, die §§ 1—5 mit derselben Mehrheit angenommen.

Verschiedene Anträge fordern einen § 6a, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird.

Abg. **Hildebrand** (Soz.): Wenn der Zweck erreicht werden soll, ist die unparteiische Handhabung notwendig. Den Reichskommissar kennen wir nicht; wir können darum nur dann dem Gesetz zustimmen, wenn dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird, der besonders die Ausführungsbestimmungen mitprüft und mitfaßt. Unser dahingehender Antrag bietet eine Garantie für unparteiische Handhabung des Gesetzes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Kopsch** (Dem.): Wir vertreten die Auffassung, daß der Reichskommissar möglichst unbehindert an seiner Arbeit sein soll. Aber ich glaube, daß angesichts des Mißtrauens, das gegen dieses Gesetz ausgestreut wird, eine Einigung über die Form und die Befugnisse des Beirats möglich sein wird. (Beifall b. d. Dem.)

Ein Antrag **Curtius** (D. Vp.) und **Kopsch** (Dem.) wird angenommen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen beigegeben wird. Das Einverständnis des Beirates ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. Soweit das in dringlichen Fällen zweckmäßig ist, hat der Reichskommissar selbständig erlassene grundlegende Ausführungsbestimmungen dem Beirat vorzulegen.

Abg. **Unterleitner** (U. Soz.): Wir haben als Unabhängige nichts gegen diesen Beirat. Ihre Diktatur können Sie uns nicht aufzwingen.

Im § 7 wird die **Beschränkung des Post- und Telegraphengeheimnisses einstimmig gestrichen.**

Abg. **Radbruch** (Soz.): Wir wünschen nicht, daß Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen bei der Entwaffnungsaktion herangezogen werden; denn wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Bei der dritten Lesung müßte noch eine Bestimmung eingefügt werden, wonach die Eidesverweigerung bestraft wird.

Reichsminister des Innern **Koch:** Eine Organisation aus allen Kreisen der Bevölkerung, wie sie der Vorredner forderte, müßte bewaffnet sein, wenn sie Bewaffneten gegenübertreten soll. Die Einwohnerwehr wollen wir bei der Entwaffnung nicht benutzen.

Abg. **Unterleitner** (U. Soz.): Wir fürchten, daß das Gesetz dennoch zu einer neuen Bewaffnung der Einwohnerwehren führt; deshalb werden wir die Arbeiter zum Protest gegen dieses Gesetz aufrufen. (Anhaltende Hahnrufe.)

Abg. **Kopsch** (Dem.): So aufgeregt wie hier haben sich die Unabhängigen in der Kommission nicht gebärdet. (Hört, hört!)

Abg. **Schwarz**-Baden (U. Soz.): In Baden sind die aufgelösten Einwohnerwehren unter anderem Namen wieder erstanden. Dort werden die Beamten ausgiebig mit Waffenscheinen versorgt.

Abg. **Rosenfeld** (U. Soz.): Im Ausschuß haben wir dieselben Ausführungen gemacht wie hier.

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Die heutigen Ausführungen der Unabhängigen im Plenum stehen im strikten Gegensatz zu ihrem Verhalten im Ausschuß.

Nach weiteren Ausführungen darüber der Abgg. **Rosenfeld** (U. Soz.), **Hoffmann**-Ludwigshafen (Zentr.), **Unterleitner** (U. Soz.) und **Schöpflin** (Soz.) sagt

Abg. **Remmele** (U. Soz.): Schöpflin hat im Ausschuß zeitweilig geschlafen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. **Schöpflin** (Soz.): Es war kein Wunder, daß ich im Ausschuß bei den sanftmütigen Reden der Unabhängigen eingeschlafen bin. (Erneute schallende Heiterkeit.)

Nach weiteren Ausführungen **Rosenfelds** und **Hoffmann**-Ludwigshafen (Zentr.), der die Auffassung Schöpflins auf Grund seines Stenogramms unterstützt, wird ein Antrag auf Schluß der Aussprache gegen die Unabhängigen angenommen.

Bei der Abstimmung wird beschlossen, daß die Organisationen des Reichskommissars sich **aus allen Schichten der Bevölkerung zusammensetzen sollen.** Bei der Gesamtabstimmung über den § 9, der dem Entwaffnungskommissar gestattet, besondere Organisationen bei der Entwaffnung zuzuziehen, wird dieser dann gegen die beiden sozialdemokratischen Gruppen und die Deutschnationalen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die

dritte Lesung des Not-Haushalts.

Abg. **Dr. Helfferich** (Dnat.): Meine Freunde haben gegen den Gesetzentwurf die größten Bedenken. Bei der ersten Beratung des Haupteiats werden wir auf die finanzielle Gesamtlage des Reiches eingehend zurückkommen.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. Soz.) wendet sich gegen eine Entschließung, die eine **eventuelle Internierung eingewanderter Ostjuden** verlangt. Durch die Maßnahmen gegen die Ostjuden sind gerade die Großschieber, die aus diesen Kreisen kommen, nicht betroffen worden. Man sollte nicht vergessen, daß Deutschland einen Teil an der Schuld an der Ostjudenkatastrophe trägt, weil seine militärischen Machthaber die polnische Industrie zerstört haben und dadurch viele Ostjuden zur Auswanderung zwangen.

Abg. **Runkel** (D. Vp.) spricht für die systematische Zusammenfassung der Reichsschulgesetzgebung in ein Reichsschulamt und verlangt eine Denkschrift über die Reichsschulkonferenz und über die nächsten Absichten in der Schulgesetzgebung.

Minister des Innern **Koch:** In der Ostjudenfrage kann die Regierung nicht dem Abg. Rosenfeld folgen, sondern muß sich auf den Boden der Resolution stellen. Dabei betrachtet sie die Frage nicht vom Parteistandpunkt. Wir müssen daran denken, daß wir für unser Volk starken Mangel an Nahrung und Wohnungen haben und daß eine ungeheure Gefahr der Seuchenverbreitung durch die Ostjuden besteht. Wir können nur Leute über die Ostgrenze lassen, die eine Existenz nachweisen können und die mit einem gültigen Paß versehen sind. Das von dem Abgeordneten Runkel geforderte Reichsschulamt wäre ein Rückschritt. Im Gegensatz zu ihm behaupte ich, daß die Reichsschulkonferenz nützliche Arbeit geleistet hat. Wir werden ein Reichskulturparlament aufbauen, wenn wir erst wieder einmal ruhige Zeiten in Deutschland haben.

Abg. **Mumm** (Dnat.): Der Abg. Rosenfeld hat Pech. Die sogenannte Judenresolution ist gestern schon angenommen worden ohne daß einer der 80 Herren der Unabhängigen dazu das Wort genommen hätte.

Vizepräsident **Dr. Bell:** Die Unabhängigen haben wahrscheinlich bei der Unruhe im Hause gestern überhört, daß der Haushalt des Ministeriums des Innern aufgerufen und angenommen wurde.

Abg. **Korell** (Dem.): Auch innerhalb unsres Volkes besteht Mangel an Nahrung, Wohnung, Arbeit. Mit Antisemitismus hat aber die Demokratie nichts zu tun. Auch jüdische Kreise sehen in dieser Masseneinwanderung von dieser Seite nur eine Erschwerung ihrer eigenen Lebensbedingungen.

Abg. **Löwenstein** (U. Soz.): Wir sind gleichfalls für eine Zentralisierung in den Kulturfragen, lehnen aber eine Schablonisierung ab.

Abg. **Frau Lüders** (Dem.): In Düsseldorf hat man die Schüler zu Straßendemonstrationen veranlaßt. Da braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß die Jugend unbotmäßig wird.

Abg. **Breitscheid** (U. Soz.): Die Resolution richtet sich ganz einseitig gegen jüdische Einwanderer, gegen baltische Einwanderer richtet sie sich nicht. (Abg. Bruhn (Dnat.): Sehr richtig!) Und doch haben gerade die baltischen Barone an hervorragender Stelle gegen Deutschland gekämpft. Ich erinnere nur an den General Rennenkampf. (Andauernder Lärm und Zurufe rechts.) Die Diener des Christentums sind in Deutschland allzeit treue Helfer der Reaktion gewesen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Haushaltberatung, Interpellationen. Die dritte Lesung der Entwaffnungsvorlage kann nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden, da die Unabhängigen widersprechen.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche ist im Rittergut Mockau und im Grundstück Dorfstraße 24 in L.-Sellerhausen ausgebrochen.

Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehseuchengesetz und § 41 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 wird das Gehöft des Rittergutes Mockau und das Grundstück Dorfstraße 24 als Sperrbezirk und der 31. und 16. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.

Leipzig, am 3. August 1920. Gef. A. I.
Der Rat der Stadt Leipzig.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum. Freitag, den 6. August 1920, **Bezirksversammlung** im Restaurant **zum Apfelbaum**, Burgstraße 7. Vortrag des Genossen **Krug: Die wirtschaftliche Lage.** Erscheinen aller Mitglieder notwendig. **Die Bezirksvertreter.** *

U. S. P. Eilenburg. Freitag, abends 8 Uhr, Versammlung. *

Kürschner-Verband (Filiale Leipzig).

Freitag, den 6. August, abends 6 Uhr im **Volkshaus** (Gesellschaftssaal)

Mitgliederversammlung.

Wichtige Tagesordnung. — Zahlreich. Erscheinen ist Pflicht.

Achtung! Bureau jetzt Volkshaus, Saalbau pt. — Bureauzeit: 9—10 Uhr vorm., 4—6 Uhr nachm., Sonnabends nur 9—10 Uhr vorm., 1—3 Uhr nachm. **Die Verwaltung.**

Mottenfrass Retten Sie Ihre Garnitur, Teppiche, Pelz, Wollsachen etc. Nicht die fliegende Motte ist der Schädling, sondern die **Mottenmade.** Diese beseitigt restlos **Nicodal III.** Preis p. Dose M. 5.— **Verkauf:** Drogerie **A. Zander,** Klostergasse 11. [* Drogerie **E. Zschiesche,** Dufourstrasse 13.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Leipzig.

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Viktoria), I. Etage, Zimmer 3—6. Tel. 12730.
Bureaustunden: Vorm. 9—½1, nachm. 5—½7 Uhr, Sonnab. nur v. 9—½1 Uhr.

Freitag, den 6. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal)

Fortsetzung der Mitgliederversammlung vom 23. Juli.

Tagesordnung: 1. Vortrag; 2. Gewerkschaftliches (u. a. Beschlußfassung über die Anstellung des 3. Agitationsleiters und zweier Hilfskräfte).

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Metallbetten Stahldrahtmatr., Kindbett., Polster an jederm. Katal. frei **Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.** *

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

L.-Ost Donnerstag, d. 5. August abends ½8 Uhr **L.-West**

spricht Spartakus!

Oeffentliche Versammlungen

Grüne Schänke, Leipzig-Anger, Redner: **Artur Hammer, Essen**
Deutsches Haus, Leipzig-Lindenau, Redner: **Fritz Globig, Berlin.**
Gesprochen wird über:
Ein neues Attentat gegen die Arbeiterschaft (Entwaffnungsgesetz)

Freitag, den 6. August, ½8 Uhr abends
Trompeter, Großzschocher, Redner: **Fritz Globig, Berlin.**
Gesprochen wird hier über:
Die Verelendung des Proletariats und Sowjet-Rußland.

Einen Massenbesuch dieser Versammlungen erwartet
K. P. D. (Spartakusbund), Ortsgruppe Leipzig.

Achtung, Bezirk Süden! Freitag, den 6. August, abends ½8 Uhr, im Rheinischen Hof, Schenkendorfstraße: **Mitgliederversammlung.** Vortrag über: **„Historischer Materialismus."** Regen Besuch der Mitglieder erwartet **Die Bezirksleitung.**

Am 3. August verschied nach schwerem Leiden, im Alter von 58 Jahren, meine treusorgende Frau

Berta Becker geb. Kreiß.

L.-Reudnitz, Hofer Straße 34

In tiefster Trauer **Franz Becker.**

Einäscherung Freitag, 6. August, nachm. 3 Uhr, Südfriedhof. — Kranzspenden dankend abgelehnt.

Nach schwerem Leiden verschied am 2. August unsere einzige, innigstgeliebte herzensgute

Isolde.

In tiefstem Schmerz **Willi Vogel und Frau.**

Einäscherung Freitag, den 6. August, nachm. 3 Uhr.

In der Nacht zum Dienstag wurde uns durch Unglücksfall meine liebe, gute, treue Lebensgefährtin, meine herzensgute Mutter, unsre gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Helene Selma Mäke geb. Manig

im Alter von 44 Jahren durch den Tod entrissen.

Leipzig, Eilenburg, Torgau, Dresden, Bremen, den 3. August 1920

In tiefstem Schmerz Der trauernde Gatte
Georg Mäke und Sohn im Namen sämtl. Hinterbliebenen.

Einäscherung Freitag, 6. August, nachm. ½4 Uhr. Zugedachte Blumenspenden bitte an das Beerdigungsinstitut Merkel, Zweinaundorfer Str. zu übermitteln.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben **Helene** sagen wir allen Bekannten sowie dem Personal der Firma Prescher, Leutzsch, dem Personal Rödge & Quaty, Möckern, dem sozialdem. Jugendverein, Möckern, ihren Jugendfreund., sowie allen, die ihren Sarg so **reich mit Blumen** schmückten, unseren **herzl. Dank.** Dir aber, liebe Helene, rufen wir ein Ruhe sanft in deine stille Gruft nach.

Die trauernde Familie Zimmermann.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Geübte Pantoffelnagler stellt ein Holzschuhfabrik **Gohlis** Elsbethstr. 19/25

Tüchtiger Sortimenter

hauptsächlich zum Anlernen und Beaufsichtigung der Lehrlinge in dauernde, gut bezahlte Stellung gesucht.
Karl Einbrodt, Großbuchbinderei L.-Reudnitz, Eilenburger Str. 10/11

Kriegsverletzte

können durch Verkauf von Postkarten **zur Messe viel Geld verdienen.**
Näheres unter **Postlagerkarte 24, Leipzig 1.**

Gesucht werden tüchtige

Maurer, Zementeure u. Zimmerleute

f. Beton. Stundenlohn 6.30 ℳ Meldung an Polier **A. Werler,** Firma **Franz Schlüter,** Hochofenwerke Gelsenkirchen (Westfalen).
Fahrgeld wird vergütet.

Schraubendreher

tüchtiger gelernter, verheirateter, für größere Schraubenbank zum sofortig. Antritt gesucht. Zu melden b. Arbeitsnachweis der Metallindustr., Tröndlinring.
Leipziger Schraubenfabrik Oscar Teichert, Leutzsch, Eisenbahnstraße 23.

Wir suchen ledige *

Arbeiterinnen

welche an Ringspinn-Maschinen arbeiten können. Dieselben bekommen Wohnung und volle Verpflegung im Arbeiterinnenheim unserer Fabrik und zwar bezahlen wir zurzeit 2.50 Mk. Stundenlohn, während die Wohnung u. Kost ungef. 80 Mk. pr. Woche beträgt. Nur ruhige solide Mädchen wollen sich direkt schriftlich melden bei der
Deutschen Faserstoff-Gesellschaft m. b. H. Fürstenberg i. Mecklbg.

Suche für sofort für kleine Landwirtschaft u. Haushalt **1 Mädchen** nicht über 16 J. Gt. Kost u. einwandfr. Behdl. Mühlenbauer Hauptmann, Püggen b. Clenze i. Hann.

Geübte Zig.-Kisten-Bekleberin i. A. Dathmann, Ludwigstr. 1.

Korsett-Näherinnen

bei hohem Lohn sofort ges.* Böhl.-Ehrenb., Wettinerst. 20

Suche Zigarrenarb. (Roller), welcher ein kleines Zigarrengeschäft mit führen kann. Off. unter **M. 32** a. d. Exp. d. Bl.

28jährig. Mädchen, tüchtig im Haush., sucht Stelle als Wirtschafterin im frauenl. Haush. Off. Wendt, Weißenbrgstr. 14, I.

Zigarren-Heimarbeiterin gesucht Täubchenweg 12, II. l.

Aufwartung für Vormittags ges. Dardenbergstr. 58, II. r.

Verkäufe

Kautabak

Priemin, **Rolle nur 50 Pfg.** Elsterstr. 3 u. Gerberstr. 40.*

Achtung Genossen! Um den Genossen, die verkürzt arbeiten, entgeg. z. komm., habe ich mich entschlossen, meine **Zigarren 10% im Preise** herabzusetzen. **Herm. Walkrodt, Zigarrengesch.,** L.-Lößnig, Bornaische St. 107

Die beliebte „Bremer Keule" und „San Salvator" 1 Mk.-Zigarre eingetroffen. **Elisabeth Müller,** Zig.-Gesch. Zeitzer Str. 39, geg. Volkshaus

Zahle für: 1 Kilo Tischlerleim i. Tafeln 15 ℳ für 1 Kilo **Schellack in Blättern 40 ℳ**
Drei-Linden-Parfümerie Lind., Lindenauer Markt 18.*

Gelegenheitskäufe in **Herren-Garderobe, Mil.-Sachen, Wäsche**
Wadewitz Windmühlst. 33, I neben Astoria

Billig. Gelegenheitskäufe aller Art; neue u. getragene **Herrengarderobe, Militär-Sachen, Schuhe u. Stiefel, Wäsche** verkauft **Walter Fritzsche** L.-R., Frommannstr. 12, Ld.*

Jackettanz. mehr., Gehrockanz. Cutaw. u. W. 200 ℳ, Herbstpal. Friedensstff. Lange Str. 10, I.*

Gehrock- u. Frackanzüge einige Jackett-Anzüge bill. z. verk. Windmühlenstr. 33, I.*

Cutaway mit gestrft. Hose, mittl. Fig., 1 Opernagl. m. Etui 1 P. neue Mil.-Stief. b. z. vk. König. Pl., Lauchstädt. St. 18, I

Anzug, sehr guterh., Frdsw., f. gr. schl. Fig., 1 P. br. Herren-Schnürschuhe, Gr. 41, 15 Stck. weißlein. u. Köperhosen, neu, billig z. verk. Braustr. 8, IV. M.

Große Auswahl billiger **Jackett-Anzüge • Gehrock-Anzüge** **Walter Fritzsche** L.-Rd., Frommannstr. 12 Ld.

Ganz bedeutend billiger!

Herren-Anzüge von **325** Mk. an [*
Hosen :: Ulster :: Regenmäntel
J. Kindermann Leipzig, Neumarkt 1, I. Ecke Grimmaische Str.

Mil.-Hose u. -Bluse zu verk. Conn., Pfeffingerstr. 25, III. r.

Lange Manchesterhosen Sport-Manchesterhosen Ia. Arbeitshosen * vk. Rd., Frommannstr. 12, Ld.

Hemden für Damen für Herren **25**

Hemdentuch, 80 cm	m	12
Nessel, 86 cm	m	13
Hemdenbarch., wß. u. bt.	m	16
Bettwäschelstf., wß. u. bt.	m	20
Inlett, federdicht	m	28
Stangenleinen	m	30
Bettücher	Stück	80
Handtücher	Stück	6

Kohlgartenstr. 29, I. links. [*

Gelegenheitsst. ohn. Konkurrenz! Zwecks schneller Räumung **Vertrieb direkt an Private! Bis 50% unter Ladenpreisen! Arbeiterhemden** . . . . . 23.— Ia Einsatzhemden zu . . 36.— Ia Macco-Einsatzhemd. z. 45.— Ia wß. Trikot-Einsatzh. z. 50.— (Letztere beiden Posten wurden hierorts kürzlich noch zu 98 bis 110 Mark verkauft). **Martinhammerl, Felixstr. 6, H. pt.**

2× **Bettwäsche,** Frdsw., neu, 2× gebrauchte, weiß u. bunt, 1 Dtzd. Hand- u. Wischtücher billig Bayerische Str. 42, II. l.

Nur Qualitätsware! fertig. Bettbezüge, bunt, neu, rein Leinen, m. Kissen, 190 ℳ, H.-Unterhosen, Köper, 30 ℳ, Stoff f. Oberhemd. u. Blusen, Küchenhandtücher u. Wischtücher verkauft sehr billig. Reudnitz, Lilienstr. 19, pt. l.

Für Private! Leinene Bettwäsche, Hemdentuch, Barchent, Hemden für Damen u. Herren **sehr billig** Gohlis, Gothaer Str. 1, II. r.*

Militär-Stiefel Größe 28/7, verk. Sophienstraße 54, III.

Kinderschuhe, neu besohlt, Gr. 32, bill. z. vk., v. ½6 Uhr ab. Fichtestraße 18, IV. r.

Kldrschrk., echt nußb., Vertiko, Kleiderschrk. 290, Vertiko 180, sch. gr. Spiegel m. Schränkch., 4 Stühle, Frz. Bettstl. m. gut. Matr., Deckbett m. Bezug 170 Sophienst. 2, I. r., a. Volkshaus

Möbel aller Art ganze Wohnungseinrichtungen direkt aus der **Möbeltischlerei „Pioniere"** deshalb äußerst preiswert. Verkaufsstelle: **Gewerbehalle in Bad Lausick,** am Markt. [*

Kleiderschrk., Chais., Vertiko vk. Reudn., Kapellenst. 9a, p.*

Achtung! Möbel-Verkauf.

Waschkommoden, roh	200
Kommoden, 3teilig, roh	220
Nachttisch	75

Kleiderschrk. von 270 Mk. an, Anger, Mölkauer Str. 51, Hof.

Kleiderschrank, 2tür., guterh., bill. z. vk. Bayerische St. 54, II. r.

Kldschrk., ov. Sofati. u. Küch.-Tisch z. vk. Siemensst. 29, III. r.

Großer Glasschrank, pass. f. Bäckerei od. Schokol.-Geschäft bill. z. vk. Landmann, Lind., Demmeringstr. 165, p. l.

Küche, Betten, Schrank z. vk. Li., Gutsmuthsst. 10, II. l.*

Küche, f. neu, 550, u. verschied. bill. Lind., Henricistr. 30, H.

Achtung! Ausziehtisch, gterb., 140, Waschtisch 55, Ib. Bettst. m. M. 140, Sthl. à 25, Küch.-Uhr 45 u. a. Möb. Eisenbahnstr. 6, p. r.

Waschtisch 120, Spiegelschrk. 100, 3 Stühle 90, Tisch für 65, Federb., Deckb., frz. Bettst. m. M. z. vk. Bayerische Str. 42, II. l.

Sofa, Kldrschrk., Bettst. m. M., Stühle Bo., Natalienst. 19, p. l.

Chais., Spiegel, Tisch, Stühle, Gasl. bill. Zeitzer Str. 38, II. l.

2 **Bettst.** m. M., Schreibsekret., Kom., Vert. vk. Ewaldstr. 17, p.

2 **Bettst.** m. M., 5 Federbetten, 4 Kissen, Chais., gr. Spieg. m. St. vk. Berliner St. 2, Tr. C, IV.

2 **Bettst.** m. Matr., echt Eiche, Tisch, 2 Rohrstühle, Spiegel, Zschocherische Straße 57, I. M.

Bettstelle m. Matratze zu vk. 5-8 Uhr. Juliusstr. 20, II. lks.

Regulat. 100, Küche 275, Kom. 350, Tisch 75, Stühle, Gaslmp., u. versch. Könneritzst. 46, II. M.

Jetzt ist es Zeit!

Alte Damen-Hüte in Filz, Velour und Felbel werden in meiner Hutfabrik schon jetzt auf **hochmod. Formen** umgepreßt **Feinste Ausführung** Billige Preise
Elisabeth Schulze Katharinenstrasse 13
Königsplatz 7, Ecke Marktballenstrasse

Bettstelle m. M., Federbett vk. Leutzsch, Weststr. 7, pt. r.

A-Bandoneon, 100 tön., verkauft Rinckartstraße 10, III. r.

Nähm. Kappe, Nürnb. St. 11,*

Schneid.-Nähmasch., Rundsch. vk. Klzsch., Antonienst. 46, I. M

Nähm. Lind., Henricistr. 30, H.

H.-Rad, T.-Freil. u. Gu. b. z. v. Mock., Schneiderstr. 10, III. M.

H.-Rad m. Frlf. u. Gu., 350 ℳ, vk. Eutritzscher St. 4, Friseur.

Herren- und Damen-Rad m. Gummi und Freilauf zu verkaufen Webergasse 8, I. rechts.

H.-Rad, neu, Gu. 380, D.-Rad 250 ℳ Wintergartenst. 7, H. I. l.

H.-Rad m. n. Gu. u. Torp.-Frlf. vk. b. Comeniusstr. 6b, II. M. l.

Rad m. gt. Gu. u. Frl. 300 Mk. Eisenbahnstraße 13, H. II. r.

Fahrrad-Motor, 2¼ PS., nbst. Zub., f. a. wie neu, vk. f. 800 Mk. Klzsch., Schönauer Weg 2, I. l.

Decken u. Schläuche Preissturz ab 2. Aug. 1920 **Decke 88 Mk., Schlauch 28 Mk.** * Fast alle Fabrikate am Lager. Am billigsten kaufen Sie Gr. Fleischergasse 22, Laden.

1 Mark weise kann ich meine Preise nicht ermäßigen da ich Ihnen etwas besonderes biete **Überzeugen Sie sich!** Fahrrad-Gebirgs- **Decke . . Mk. 90 Schlauch Mk. 30** Fehlerfreie kräft. Ware **Fahrräder // Zubehör Reparaturen** FAHRRAD-ZENTRALE **FAMUR** LEIPZIG :: :: Tauchaer St. 40

Kinderwagen, guterh., bill. z. vk. Li., Henricistr. 6, H. I. r.

Kinderwagen zu verkaufen. Seeburgstraße 70, H. II. l.

Kinderwagen billig

Babywäsche verk. Reudn., Frommannstraße 12, Laden.

Kinderwagen, guterh., verk. Krauße, Papiermühlstr. 42.

Kdrw., br., Brennab. Grzsch., Nostitz-Wallwitz-St. 18, p. M.

1 **Kinder- u. 1 Sportwg.,** gth., z. vk. Leutzsch, Kurze Str. 6, p.

Korbwag. m. Wulstrand, elg., u. Klappwagen mit Verdeck vk. billigst Wurzner St. 68, I. l.

Korbwagen, weiß, verkauft preiswert Mittelstr. 9, I. lks.

Korbw., elg. Moltkest. 28b, I. r.

Klappw. Leutzsch, Grenzst. 4, p. l

Klappwagen mit Verd. 80 ℳ, Sellerh., Paulinenstr. 18, II.

Klappwag., Klappst., Erstl.-Wäsche z. v. Li., Queckstr. 23, I. r.

Klappwagen, hell, m. Verd. verk. Neusch., Melchiorst. 16, I. r

Sportwagen, hell, billig zu verk. Scharnhorststr. 13, II. r.

Zimmergaslampe billig zu verk. Elisenstr. 59, S.-G. I. r.

Holzschrauben, versch. Sort., Fischbänd., Vorhängeschl. m. Ueberf. Li., Flemmingst. 6, p. l.

Brennesselblätter Gundermann sowie alle anderen Kräuter kauft *
Johann Panzer, Kochstrasse 122
Strassenbahngeld wird vergütet

1 gutmelkende Schweiz. Ziege geg. Ank.-Besch., 1 4 Mon. alt. Böckchen u. junge Kückch. z. vk. Lindenau, Cranachstr. 17, pt.

Junge weiße Ziege, 4 Mon. alt z. vk. Leips., Hofmeisterstr. 20, I.

4 Stück fluggge Gänse verk. **Crostewitz Nr. 8.**

Kaninchenstall, 8teilig, mit 4 St. halbwüchsigen Silbert. umständehalber zu verkauf. Li., Lützner Str. 73, II. M.

Kaninchen z. verk. Heynert, Co., Frohburger Str. 68, I.

Kaufgesuche

Alle Art. **Wäsche** neu und gebraucht Herren- u. Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbersachen z. kaufen gesucht **Glaser** Ranstädter Steinweg 46. Tel. 1312.*

Bett- u. Leib-Wäsche

Leihhausscheine kauft **Walter Fritzsche, R., Frommannstraße 12, Laden.**

Bettwäsche, Handtüch. l. Brtp. zu kaufen Elisenstr. 95, pt. l.

Bett- u. Leibwäsche n. u. gebr., H.-Anzüge, Inletts, Federbetten, Leihhausscheine kauft Sprei, Brühl 11, Vh.*

Chaiselongueedecke. gbr., Sitzw. ges. Thomaiusstr. 16, H., IV. M

Herren-Garderobe, Militär-Sachen, Schuhwerk, Wäsche, Leihhausscheine kft. **Klink,** Ranftsche Gasse 6. part. [*

Militärtuch-Ulster **Anzüge, Röcke, Hosen, Mäntel, Leihhausch.** kft. Rd., Frommannstr. 12, Lad.*

Anzüge Paletots, einz. Hosen, Jacketts, Westen, Schuhe, Stiefeln, Mil.-Sachen, Wäsche, Gold- u. Silbs., Leihhausscheine, Nachl.-Sachen, Möbel, Betten, Teppiche [* **kauft Wadewitz** Windmühlenstraße 33, I. neben Astoria. Tel. 15475.

Kaufe Herr.- u. Dam.-Garderobe allerh. Wäsche, Leihhausch., Fdbett., Schuhe, f. a. Nachl. [* Kummer, Reichsst. 14, T. 10527

Anzüge Militär-Sachen, einz. Hosen, Wäsche kft. Lehmann, Dresdn. Str. 69*

Mil.-Mantel, alt, getragen, kauft Reitzenhain. Str. 132, I. l

Portier-Anzug mit Mütze, guterhalten, zu kauf. gesucht. Offerten sind bis Sonnabend unter **J. M. 350** an d. Filiale Weißenfelser Str. zu richten.

Militär-Hosen, -Röcke, -Schuhwerk, Möbel, Herren- u. Damenkleidung, Leihhausscheine kft. **Müller,** Wurzner Straße 31.

Kleiderschrank u. Vertiko ges. Kappe, Nürnberg. Str. 6, H. II.*

Schrank, Vertiko, Bettst. m. M. Sofa, Tisch, Stühle, Küchenmöbel ges. Zeitzer Str. 38, II.

Kinder- oder Klappwagen mit Verdeck zu kauf. gesucht. Go., Breitenfelder Str. 97, I. l.

Kaufe Gold- u. Silberwaren Platin Brillanten * **Faber** Reichsstraße 18/20 Hof links, II. Tropp.

Felle kauft Rosenzweig, Kleine Fleischergasse 16. [*

Vermischte Anzeigen

Nehme d. Aussag. über Herrn O. Kern, Paunsdorf, als unwahr zurück. A. D. Lpz.

Rat und Beistand Aliment.-, Ehe- u. Strafsachen **Gnadengesuche!** Graf. Grimm. Steinweg 14. *

Leipz. Leih-Institut für Frack-, Gehrock-, Smokinganzüge, Zylinderhüte. **Belau,** Albertstraße 29 a, I., Ecke Zeitzer Str. im Bankgeb.*

Wir helfen Ihnen in Straf., Ehe-, Alimentens. u. dergl. Gnadenges., Prozeßübernahme. Rechtsbureau **Dimmroth** Leipzig.-Li., Kuhturmstr. 4.*

Wohnungen

Schlfst. Dardenbergst. 25, IV. l.

Möbl. Zimmer such. 2 Brüder, ev. sofort, mögl. Nähe Hauptbahnh. zu. miet. Off. u. **999** a. d. Filiale, Zeitzer Str. 32.

Anspruchslos. Herr sucht einf. **möbl. Zimmer** im Osten. Off. V. 12 Fil. d. Bl. Zeitzer Str. 32.

2 od. 3 leere Zimm. m. Kochgel., i. welch. Stadtteil, ist gl., l. junge Leute m. 10j. Mädch. Pr. Nebenl. Off. N 33 a. d. Exp.

Sol. jung. Ehepaar sucht zwei leere Zimmer mit Kochgel. sof. od. spät. Offert. unt. **L. 20** Fil. L.-Stötteritz.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200804/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG